

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 1), Besenbinderhof 57, „Gewerkschaftshaus“

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Pfingstfest, Pfingstfreude und Pfingstgedanken.

Das menschliche Leben ist ein beständiger Wechsel von Freude und Trauer, die ein Widerhall sind der von außen einwirkenden Ereignisse und gemeinsamer Erlebnisse. Diese waren im Naturzustande zuerst und vorzüglich die Veränderungen der Jahreszeiten, deren Eindruck um so stärker und allgemeiner war, je mehr der Mensch noch als Hirte, Jäger oder Ackerbauer unmittelbar im Verkehr mit der Natur lebte und sein Wohl und Wehe von ihr abhing. Mit traurigem Gemüte sahen diese Naturmenschen im Herbst die Natur absterben, mit Heiterkeit und Lust begrüßten sie ihre Wiederbelebung. Die gemeinsame Aeußerung dieser Lust und Trauer ist Ursprung der Feste.

Außer diesen Ereignissen wurden später Begebenheiten gefeiert, die Glück oder Unglück über eine Bevölkerung gebracht hatten, nicht nur vorübergehend, sondern oft Jahrhunderte lang, alljährlich, bei der Wiederkehr des Tages. Dieser Gewohnheit entspringen unsere heutigen Feste; so auch das Pfingstfest. Jahrhunderte lang wurde dieses Fest in „christlichen Ländern“ gefeiert zur Erinnerung an die „Ausgießung des heiligen Geistes“, welche Begebenheit uns im „Neuen Testament“ der Bibel erzählt wird. Dort heißt es diesbezüglich: „Als der Tag der Pfingsten erfüllt war, waren sie alle beisammen. Und es geschah schnell ein Brausen vom Himmel, als eines gewaltigen Windes und erfüllte das ganze Haus da sie saßen. Und man sah an ihnen die Zungen geteilt als wären sie feurig. . . . Und alle wurden voll des heiligen Geistes und sangen an zu predigen mit anderen Zungen.“

In bisheriger Sprache hat Luther die ganze Bibel und so auch dies Geschicknis verdolmetscht. Wieviel Wahrheit und Dichtung in dieser traditionellen Uebersetzung liegt, das soll uns hier nicht beschäftigen; für uns kommt es darauf an, den Geist des Pfingstfestes festzuhalten und zu betrachten.

Man mag über das heutige Christentum denken wie man will, eines steht fest: es hat eine gewaltige Bewegung in der Welt veranlaßt, eine Bewegung, welche auch dem Sozialismus vorbehalten bleibt. Jener arme Zimmermannssohn war dazu vom Geschick berufen, sich der Ewigen und Verlassenen mit Wort und Tat anzunehmen, seine Lehre bezweckte ursprünglich, die Menschheit auszuheilen mit widerigen Lebensverhältnissen und sie in einen Zustand der Zufriedenheit zu versetzen unter dem Hinweis auf eine Vergeltung aller Erbdenleiden dort oben, im Himmel. Christus kamte bei seinem Wandel unter dem jüdischen Volk eine Schar begabter Jünglinge um sich, die später berufen waren, als Apostel die neue Lehre in der Welt zu verkünden. Mit Begeisterung unterzogen sich diese Verbreiter des Christentums allen Anfechtungen seitens der römischen Machthaber; einige wurden mit dem Schwerte hingerichtet, andere wurden gekreuzigt oder verbrannt. Die Begeisterung, welche diese Apostel des Christentums besaßen, nahm ihren Ursprung an jenem denkwürdigen Tage, an welchem der „heilige Geist“ — wie es in der Bibel heißt — über sie ausgegossen wurde.

Kurzstichtige, nichtsahnende Spötter hat es zu allen Zeiten gegeben; auch damals riefen einige, ob der Begeisterung der Jünger Christi: „Sie sind voll süßen Weines!“ Mit eisigem Hohn waren die Schriftgelehrten und Pharisäer bemüht, die heilige Flamme der Begeisterung zu erlöchen; sie hat um sich gegriffen, wie ein Feuer im Walde, weil überall in Hülle und Fülle Brennstoff vorhanden war. Ähnliche Zustände wie damals, bestehen auch heute.

Unhaltbare Zustände hatten in den klassischen Kulturstaaten Platz gegriffen; der Acker war gedüngt für die Aussaat der neuen Lehre durch die Schändlichkeit der Unterdrücker und Blutlanger; was damals für das Christentum galt, heute gilt es für den Sozialismus.

So wie Sitten und Gebräuche wechseln, so auch geistliche Zustände, sobald diese sich überlebt haben, sobald

diese der Volksmasse nicht mehr zusagen und diese aufgibt genug ist, um sich der Unvollkommenheit solcher Zustände bewußt zu sein, allsobald wird das Alte, Morische, im Wege Stehende gestürzt, um Neuem, Besserem, Platz zu machen. Schon Schiller sagt: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben spricht aus den Ruinen.“ Das sehen wir so recht in der Natur um die Pfingstzeit.

Es ist der ewige Wechsel zwischen Entstehen und Vergehen im Reiche der Natur, dessen Betrachtung und dessen tiefes Verständnis uns in den Tagen des Pfingstfestes über das Alltägliche erheben soll. Diese Erkenntnis soll uns für die Zukunft die freudige Hoffnung und frohe Zuversicht bringen, daß es, wie im Reiche der Natur auch im Leben der Menschheit nichts gibt, das ein Unrecht auf ewigen Bestand hätte, daß im Laufe der Zeit alle Einrichtungen fallen müssen, die sich einer höheren Gesellschaftsordnung in den Weg stellen.

Weit und tief ist diese Erkenntnis — in die heutige Menschheit schon gedrungen. Die Denkenden unter den Angehörigen der besitzenden und bevorrechteten Klassen im Lande verschließen sich ihr nicht; nur betrachten sie dieselbe vielleicht mit gemischter Gefühlen. Diejenigen, die für die furchtbaren Erscheinungen und Konsequenzen der heutigen Ordnung nicht blind sind, möchten wohl an die berechtigten Forderungen der arbeitenden Menschheit Konzeptionen machen; in der Erkenntnis, daß sich diese doch einst den Sieg erringen werde und sich eine Aenderung in der Gestaltung der Gesellschaft ohne große Erschütterungen vollziehen möge; dahingegen wieder andere, heute allerdings noch machtvolle und einflußreiche Kreise dieser Klassen, die in ihrer Ueberhebung halb mitleidig, halb spöttisch auf die Bestrebungen der einen gewissen Ausgleich anbahnenden Sozialmoralisten herabschauen, sich auf den Standpunkt stellen, der in den berühmten Worten eines französischen Machthabers, die lauten: „Après nous le déluge“, d. h. „Nach uns die Sintflut“ seinen Ausdruck findet.

Die herrschenden Klassen fühlen intuitiv, daß etwas die alte sich überlebt hat. Mögen sich die zeitigen Machtheiter, aber sie rechnen mit der Einfältigkeit, der Dummheit und der Gewohnheitsdumheit der Massen, an der bisher noch immer alle Ausbesserungsversuche gescheitert sind. Aber nur gemacht, die neue Zeit wird doch kommen, wenn die alte sich überlebt hat. Mögen sich die zeitigen Machthaber noch so sehr sträuben gegen die Idee des Sozialismus, sie wird sich immer mehr verbreiten und der Sozialismus wird kommen, wie seinerzeit das Christentum bei den heidnischen Römern gekommen ist. Das Rad der Weltgeschichte rollt unaufhaltsam, der Geist der Zeit durchdringt wie ein unsichtbares Fluidum seine Poren und treibt es zur Bewegung. Es ist vergebens, hemmend in seine Speichen eingreifen oder sich seinem Verlaufe entgegen zu stellen. Völker und Individuen mögen eine zeitlang mit scheinbarem Erfolge es aufhalten, aber auf die Dauer geht dies nicht an, die Widerwärtigen müssen sich dem unerschütterlichen Naturgesetze fügen und vorwärtsschreiten oder das Rad zermalmt sie.

Der Pfingstgeist, der vor jetzt beinahe 2000 Jahren die Jünger Christi zur Begeisterung anfaßte, der Geist, der sie mit „feurigen Zungen“ reden ließ, derselbe Geist zieht heute wieder durch die Welt. Gleich einem Staube zieht er durch die Kulturländer, überall wird mit „feurigen Zungen“ geredet. In der Werkstatt, in öffentlichen Lokalen, namentlich aber auf Spaziergängen macht sich der „neue Geist“ bemerkbar; es findet sich überall Gelegenheit, wo „zwei oder drei untereinander versammelt“ — wie es in der Bibel steht — da ist der „neue Geist“ mitten unter ihnen.“ Besonders zur Pfingstzeit, wo wir mit Freunden und Bekannten hinaus ins Freie ziehen, um uns zu erfrischen an der herrlichen Natur, da gibt es hundertfältige Veranlassung, dem Pfingstgeist zu huldigen. Hier im grünen Dom der Buchen und Eichen atmen wir Freiheit, hier grünen uns die Säger des Waldes und wir selbst

verspüren das Bedürfnis zu singen, denn die Lust am Leben erwacht inmitten der herrlichen, sich neu verjüngenden Natur. Hier bedürfen wir keiner überflüssigen Anregungen zur Andacht und zur stillen Einkehr bei uns selbst. Hier lernen wir nachdenken, hier empfinden wir, daß es keinen wirklichen Unterschied gibt zwischen einem reichen Mann und einem armen Proletarier, die Natur deckt für alle ihren Tisch; hier sind wir alle „Gotteskinder“. Aber leider, die schönen Tage schwinden schnell und wir werden wieder in das Joch gespannt, um zu fronden für diejenigen, welche auch nach Pfingsten noch, Tag für Tag die Schönheit der Natur genießen dürfen, während wir hinter dumpfen, fahlen Mauern und gelblichen Fensterscheiben eingesperrt sind. Das gerade muß uns in den Pfingsttagen zum Nachdenken anregen, ohne uns jedoch den Genuß der Natur, die Pfingstfreude, zu verflümmern.

Hier sollten wir die Gelegenheit benützen zum Werden neuer Mitkämpfer für die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals. Hier im grünen Walde weitet sich nicht nur die Brust, sondern auch die Herzen werden weit und die Menschen rücken einander näher. „Wessen das Herz voll ist, dessen geht der Mund über“ sagt das Sprichwort; hier werden wir vertraut miteinander, wir werden mitleidig und auch empfänglich und wir tauschen unsere Gedanken aus. — Bergsteigende, Kletterer werden wieder zur hellen Welt entfaßt, wenn sie beieinander sitzen und ein frischer Luftzug darüber hinfährt. Ebenso richten sich die Menschen aneinander auf im Beisammensein, wenn das richtige Wort, der richtige Geist auf sie einwirkt. Hier wird der schlummernde Wille geweckt und unter der Nähe zerfallener Hoffnungen beginnt es sich zu regen. Unter dem „Brausen der Aufklärung“ wächst die Begeisterung, mit der Erkenntnis hebt sich das Selbstbewußtsein und der „heilige Geist“ — der Pfingstgeist — entfacht die schlummernden Funken von der Gleichberechtigung aller Menschenkinder zur züngelnden Flamme. Aus Stumpfheit und Gleichgültigkeit, aus müßiger Demut reißt der moderne Pfingstgeist die Arbeiterschaft empor und wirft in die kraftlose Lebe der Knechtschaft den trotigen Gedanken des Menschenbewußtseins.

Das ist unsere Pfingstfreude und unsere Pfingsthoopnung; dieses Bewußtsein sei unser Pfingstgedanke, wenn wir uns ergözen an der wiedererwachten Natur, draußen in Busch und Fog, in Wald und Flur!

Die Entwicklung des Verbandes im 1. Quartal 1907.

Wie nebenstehende Tabelle zeigt, wurden im verfloßenen Quartal in unserer Organisation 112961 Beiträge umgelegt. Im Jahre 1906 hatten wir im Durchschnitt pro Quartal 109994 Beiträge zu verzeichnen, im 1. Quartal 1907 also ein Mehr von 2967 Beiträgen. Das ist wiederum ein kleiner Fortschritt, der uns aber nicht ganz befriedigen kann. Neuaufnahmen hatten wir 1906 im Durchschnitt pro Quartal 2479, im 1. Quartal 1907 nur 2402 oder im Verhältnis zu 1906 ein Minus von 77 Aufnahmen. Unzweifelhaft würden wir im vergangenen Quartal bedeutend mehr Aufnahmen und Beiträge zu verzeichnen haben, wenn nicht in diese Zeit der Verbandstag gefallen wäre, der stets unsere Mitgliedschaften wochenlang mit besonderen Arbeiten belädet und daher die Agitation unter den Berufskollegen mehr in den Hintergrund treten läßt.

Wie die Uebersicht ergibt, sind 3 Gauen in der Beitragszahl im 1. Quartal 1907 gegen den Quartalsdurchschnitt von 1906 zurückgegangen, während die 4 anderen Gauen einen Aufschwung zu verzeichnen haben. Der Gau Berlin legte 760 Beiträge weniger um, die Beiträge im Gau Breslau fielen um 304 und der Gau Düsseldorf sank um 522 Beiträge. Zugewonnen hat der Gau Hamburg um 1641 Beiträge, Leipzig um 641, München 377 und der Gau Frankfurt die stattliche Anzahl von 2530 Beiträgen. Die Beiträge der Einzelzahler der Hauptklasse sind um 576 zurückgegangen und findet dieser Rückgang seine Erklärung in dem Uebergang zum Bezirksystem, welches nunmehr die in den kleinen Orten verstreuten Kollegen meist der nächstgelegenen Bezirksmitgliedschaft zuführt.

Konnte, wie schon erwähnt, im 1. Quartal die volle Weckkraft unseres Verbandes unter den Berufskollegen nicht zur Geltung kommen, so sind doch jetzt schon Anzeichen vorhanden, daß das 2. Quartal sich überaus günstig anläßt und alle früheren Quartale weit in den

Mitgliedstaaten		1903		1904		1905		1906		1907	
		Durchschn. pro Quart. Aufnahmen	Beiträge	Durchschn. pro Quart. Aufnahmen	Beiträge	Durchschn. pro Quart. Aufnahmen	Beiträge	Durchschn. pro Quart. Aufnahmen	Beiträge	1. Quartal	
		Aufnahmen	Beiträge	Aufnahmen	Beiträge	Aufnahmen	Beiträge	Aufnahmen	Beiträge	Aufnahmen	Beiträge
Gau Berlin.	Berlin	216	6556	1153	17748	864	18727	468	21591	473	20455
	Brandenburg	5	160	8	800	6	406	5	532	8	388
	Cottbus	9	181	5	266	8	387	15	538	8	560
	Deßau	—	—	—	—	—	—	Januar 1907 errichtet		16	287
	Foch I. R.	4	130	1	153	2	167	3	180	—	178
	Halberstadt	—	—	3	68	10	168	7	197	2	125
	Magdeburg	9	1903	25	1644	10	1453	22	1621	55	1794
	Schönebeck	1	61	1	61	1	54	2	69	1	92
	Siedtin	—	—	18	370	35	790	44	1159	30	960
	Stendal	—	—	—	—	—	64	2	89	1	79
Summa		244	8431	1212	20617	436	22166	566	25876	589	24916
Gau Breslau.	Breslau	25	647	33	978	83	1220	42	942	19	710
	Bromberg	—	26	3	71	7	317	3	83	8	46
	Danzig	—	—	24	318	15	405	55	833	20	1070
	Görlitz	—	—	13	183	24	222	4	142	5	117
	Kattowitz	13	175	13	198	15	321	18	282	6	141
	Königsberg i. Pr.	10	139	12	243	8	127	22	292	25	315
	Thorn	—	—	—	—	16	165	12	147	—	—
	Waldenburg	—	—	—	—	5	130	12	140	8	195
Weigwarth	—	—	—	—	—	—	4	168	2	125	
Summa		48	987	103	1991	173	2907	172	3029	93	2725
Gau Hamburg.	Altona	25	2900	29	3279	32	3550	28	3681	—	—
	Ant-Wilhelmshaven	13	223	7	323	10	401	9	376	5	396
	Bergeborf	4	256	3	252	2	262	—	250	—	—
	Braunschweig	2	440	20	721	24	795	21	809	8	518
	Bremen	12	192	20	471	17	608	77	1416	50	1833
	Bremerhaven	7	103	5	195	8	124	12	375	31	622
	Elmsborn	—	—	5	121	3	99	3	146	13	267
	Hamburg	94	6998	100	8665	117	9555	132	10751	211	15312
	Hannover	10	327	36	783	17	693	35	867	115	1406
	Harburg	7	415	7	548	9	530	11	571	6	553
	Hildesheim	1	169	1	78	1	95	2	104	—	117
	Hiel	28	1121	29	1445	11	1186	16	1303	21	1560
	Lübeck	11	1073	16	1210	7	844	8	898	17	964
	Lüneburg	1	178	3	266	2	244	6	302	4	273
	Neumünster	2	122	2	69	5	95	6	184	6	182
	Odenburg	1	74	4	165	4	166	7	235	4	220
	Rohlf	—	—	2	86	4	69	13	211	3	243
	Schwerin	3	64	9	213	8	250	3	208	3	110
Segeberg	—	—	2	348	1	327	1	315	1	298	
Wilhelmshagen	3	118	2	149	5	146	4	238	—	—	
Summa		224	14773	302	19392	287	20039	394	23240	498	24881
Gau Düsseldorf.	Düsseldorf	—	—	8	66	4	120	2	88	—	—
	Bochum	—	—	—	—	—	—	2	54	—	—
	Essen a. Rh.	22	151	65	964	62	1469	43	1404	19	1306
	Dortmund	17	409	16	440	8	381	34	983	25	1008
	Düsseldorf	21	465	33	673	20	722	24	756	9	683
	Duisburg	—	—	—	—	—	—	10	198	4	101
	Eberfeld	34	490	48	1139	18	998	39	1444	32	1399
	Essen a. Ruhr	12	175	29	408	47	831	46	1199	28	1065
	Kempen	—	—	3	158	2	119	2	101	—	—
	Solingen	—	—	9	246	6	216	9	294	9	378
Summa		106	1690	211	4114	169	4931	211	6521	126	5939
Gau Weipitz.	Altenburg	2	125	4	189	3	310	1	309	1	232
	Apolda	—	—	—	—	2	80	1	100	2	122
	Chemnitz	11	304	7	264	10	379	40	628	40	985
	Crimmitschau	4	197	15	339	3	255	2	203	2	186
	Dresden	82	2283	75	3091	161	3693	60	3249	37	3347
	Erfurt	—	—	—	—	1	87	—	83	1	118
	Erfurt	—	—	—	—	—	—	2	123	2	188
	Gera	—	—	—	—	—	—	10	346	11	420
	Gotha	1	123	1	145	3	197	9	317	11	496
	Halle a. S.	5	267	9	468	6	495	10	587	17	768
	Jena	—	—	2	109	2	190	5	200	9	226
	Leipzig	2	135	4	228	4	296	2	262	3	261
	Leipzig	35	2143	49	2934	58	3249	73	3378	43	3005
	Leipzig	—	—	1	73	—	85	1	101	2	103
	Meißen	7	441	6	448	7	475	3	326	4	350
	Meißen	1	39	3	90	2	43	—	—	—	—
	Meißen	13	828	5	815	22	1186	17	1266	27	1264
	Meißen	6	360	6	440	3	365	3	341	3	237
Meißen	1	87	2	132	4	139	7	201	1	204	
Meißen	2	101	7	214	1	176	—	160	—	182	
Meißen	—	—	—	—	—	—	5	257	13	501	
Meißen	—	—	—	—	10	229	11	285	4	120	
Summa		172	7733	196	9979	302	11929	262	12722	233	13363
Gau Frankfurt a. M.	Frankfurt	35	384	14	291	10	353	23	507	31	1179
	Darmstadt	5	272	10	318	13	341	16	395	2	259
	Frankfurt a. M.	45	1933	68	3216	117	4001	87	4911	239	6668
	Frankfurt a. M.	26	339	34	758	13	502	19	574	18	658
	Frankfurt a. M.	7	163	9	281	8	219	6	221	3	275
	Frankfurt a. M.	4	36	7	99	10	263	9	383	26	576
	Frankfurt a. M.	3	28	2	29	2	124	—	—	—	—
	Frankfurt a. M.	5	293	12	444	9	451	6	504	8	563
	Frankfurt a. M.	—	—	10	334	9	318	10	418	—	—
	Frankfurt a. M.	9	193	29	511	12	271	29	746	16	450
	Frankfurt a. M.	—	—	2	89	8	157	11	236	—	158
	Frankfurt a. M.	27	424	50	1277	66	1906	92	2883	59	3252
	Frankfurt a. M.	13	596	15	575	17	766	39	1208	23	1175
	Frankfurt a. M.	—	—	1	24	1	69	—	83	—	90
	Frankfurt a. M.	—	—	11	165	11	265	3	167	2	97
	Frankfurt a. M.	—	—	6	131	—	43	4	145	11	280
	Frankfurt a. M.	—	—	6	123	1	82	—	—	—	—
	Frankfurt a. M.	11	496	13	568	20	699	7	575	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	7	156	5	145	7	194	4	220	
Frankfurt a. M.	6	434	15	601	17	596	24	871	20	1381	
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	1	70	1	62	
Frankfurt a. M.	8	127	5	49	6	59	4	82	2	74	
Frankfurt a. M.	8	235	12	444	12	565	4	859	54	1372	
Frankfurt a. M.	15	434	19	667	25	1009	49	1620	20	1393	
Summa		223	6619	357	11170	392	13234	476	17768	544	20298
Gau München.	München	9	257	14	383	13	427	15	546	19	530
	München	4	242	12	422	8	415	16	596	3	615
	München	1	30	4	87	4	101	2	39	—	—
	München	—	—	—	—	—	—	6	165	3	136
	München	—	—	1	36	—	28	—	17	—	—
	München	9	179	15	359	18	501	22	694	—	—
	München	—	—	—	—	1	163	1	78	—	—
	München	6	217	5	233	17	441	25	940	10	933
	München	127	5416	142	7961	131	8532	154	10439	121	10413
	München	24	742	61	1489	102	2041	33	2204	54	2783
	München	—	—	—	—	11	163	5	131	7	158
	München	20	868	19	1046	18	1085	18	1237	30	1520
	München	6	234	4	203	14	395	18	674	12	775
	München	—	—	—	—	3	90	4	244	4	276
München	—	—	—	—	12	144	18	557	17	739	
München	7	250	12	329	10	354	7	227	13	330	
Summa		213	8474	290	12531	362	15680	350	19165	286	19542
Gesamtsumme		33	748	81	1431	77	1932	48	1873	23	1297
Gesamtsumme		1266	49455	2762	81225	2198	92818	2479	109994	2402	112961

Schatten stellen wird. Aufgabe und Pflicht aller unserer Vertretenden und Mitglieder ist es, jede gebotene Gelegenheit zur Werbung von neuen Mitgliedern für unsere Organisation auszunutzen. Wenn jedes Mitglied in der Agitation rührig mithilft und die uns fernstehenden Kollegen über die von unserer Organisation erfolgreich geführten Kämpfe sowie über die auf dem letzten Verbandstag bedeutend erweiterten Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes aufklärt, dann müssen dem Gleichgültigsten die Augen aufgehen und unsere Reihen gestärkt werden. Tue daher jedes Mitglied seine Pflicht!

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1906.

(Schluß.)

Ueber den Stand der Invalidentversicherung teilt der Bericht des Reichsversicherungsamts mit, daß die Zahl der seit Beginn der Versicherung (1. Januar 1891) bis zum 31. Dezember 1906 anerkannten Rentenansprüche 1 919 331 beträgt. Davon kommen auf Invalidentrenten 1 403 801, auf Krankenrenten 67 000 und auf Altersrenten 448 530. Die Tabelle über die Rentenbewilligungen in den einzelnen Jahren zeigt ein Sinken der Invalident- und Altersrenten, das in vollem Umfang bekannt zu werden verdient.

Jahr	Zahl der bewilligten Renten	Invalidentrenten	Krankenrenten	Altersrenten
1891	132 957	81	—	132 928
1892	59 912	17 784	—	42 128
1893	66 260	35 177	—	31 083
1894	81 256	47 985	—	33 871
1895	86 127	55 983	—	30 144
1896	90 403	64 450	—	25 953
1897	98 066	75 740	—	22 320
1898	104 306	84 781	—	19 525
1899	113 985	96 665	—	17 320
1900	152 268	125 739	6 677	19 852
1901	152 961	130 480	7 632	14 849
1902	164 407	142 789	8 733	12 885
1903	174 508	152 862	9 216	12 430
1904	162 477	140 092	10 449	11 936
1905	145 431	122 868	11 871	10 692
1906	134 057	110 969	12 422	10 668

Daß die Zahl der Altersrenten von Jahr zu Jahr geringer wird, ist erklärlich, weil in den ersten Jahren nach Inkrafttreten der Versicherung außer denen, die das 70. Lebensjahr erreichten, auch viele von denen ihre Ansprüche geltend machten, die das erforderliche Alter bereits vorher erreicht hatten. Daß aber die Invalidentrentner seit drei Jahren in gradezu verblüffender Weise abnehmen, beruht darauf, daß die Anerkennung der Invalidentrente von einem viel höheren Grad von Erwerbsunfähigkeit abhängig gemacht wird als früher. Das Reichsversicherungsamt hat ja bekanntlich schon im Jahre 1901 entdeckt, daß die Zahl der Invalidentrenten eine unheimliche Steigerung erfuhr. Beauftragte des Reichsversicherungsamts bereisten die eine besonders hohe Zunahme aufweisenden Bezirke, nicht um etwa auf eine geschwundene Verminderung der Rentenbewilligungen hinzuwirken, beileibe nicht, nur die Ursachen dieser Erscheinung wollte man an Ort und Stelle erforschen. Besonders wurde betont, daß die Reichsbehörden keineswegs auf besondere Strenge bei der Rentenbewilligung dringen wollen, indem man muß doch vermeiden, daß nicht etwa durch falsche Handhabung der bestehenden Bestimmungen Personen Renten zugesprochen werden, die den gesetzlichen Anforderungen und Voraussetzungen nicht genügen. Das Reichsversicherungsamt bezog seine Beauftragten ließen sich also herab, die Rentenempfänger zum Teil persönlich zu beschichtigen, und bei diesen Besichtigungen und Besprechungen der einzelnen Fälle fand man dann, daß Rentenbewilligungen in erheblicher Zahl wegen nicht genügender Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse und wegen Verweigerung der Grenzen zwischen Berufsunfähigkeit und reichsgerichtlicher Erwerbsunfähigkeit insbesondere aber auch in zahlreichen Fällen wegen zu milder oder unzutreffender ärztlicher Beurteilung bemängelt werden mußten. Wer wagt zu behaupten, daß das Reichsversicherungsamt damit dem berechtigten System der Rentenversicherung die Wege geebnet hat? Es hat doch nur seine Pflicht erfüllt. An dem System der Vertrauensärzte Philologen Schläges ist es unschuldig wie ein Lämmchen! Wie dieses System aber wirkt, dabon geben nachstehende Ziffern ein deutliches Bild. Es wurden Invalidentrenten bewilligt im Jahre

bei der	1903	1904	1905	1906
Reichsversicherungsanstalt	1903	1904	1905	1906
Preußen	6851	6909	5884	4939
Brandenburg	10005	8905	6265	5948
Sachsen	19603	15006	10031	8304
Sachsen-Anhalt	8557	7189	5823	5226
Schleswig-Holstein	4017	3631	2806	2438
Hannover	7850	7876	7107	4573
Niederrhein	13715	13633	10608	8850
Westfalen	10123	9601	9708	8921
Rheinland	2037	1969	1746	1455
Braunschweig	1197	989	902	764
Donaumündung	2283	2225	1813	1475
sämtliche Versicherungsanstalten und Kassen-einrichtungen	152803	140092	122868	110069

Das Reichsversicherungsamt kann zufrieden sein, die erhebliche Abnahme der Invalidentrenten ist da. Merkwürdig und auffallend ist eins. Nach dem vorliegenden Bericht des Reichsversicherungsamts bereisten seine Beauftragten zwecks Untersuchung der Steigerung der Invalidentrenten im Jahre 1903 Sachsen-Anhalt, die Zahl der Invalidentrenten fällt von 8557 (1903) auf 7189 (1904), 6228 (1905) und 5226 (1906). Im Jahre 1904 wird Brandenburg und Sachsen bereist. In Brandenburg fallen die Invalidentrentner von 10 005 (1903) auf 8 905 (1904), in Sachsen von 19 603 (1903) auf 8 304 (1906), also um mehr als die Hälfte.

Im Jahre 1905 geht in die Rheinprovinz, folgt Einlen der Ziffern von 13 633 (1904) auf 10 608 (1905) und 8 850 (1906); im gleichen Jahr werden die Donaumündung, Endresultat ein Sinken der Invalidentrenten von 2283 (1904) auf 1475 (1906). Und da sage noch jemand, die Reihen der Vertreter des Reichsversicherungsamts seien lediglich zum Zwecke der Untersuchung und Erforschung er-

neben den Ziffern der in den einzelnen Jahren anerkannten Renten ist von Wert die Ziffer der Gesamtzahl der Rentner, die es in den einzelnen Jahren gegeben hat. Diese Zahl wird erst seit 1896 festgestellt und wurden ge-

Jahr	Raufende Renten überhaupt	Invalidentrenten	Krankenrenten	Altersrenten
1897	865 625	161 670	—	203 955
1898	414 508	210 869	—	203 644
1899	468 228	264 899	—	201 329
1900	519 452	324 319	—	195 133
1901	598 927	406 837	5 118	188 472
1902	675 096	486 945	8 700	179 450
1903	755 538	574 842	12 146	168 560
1904	833 944	663 140	14 188	166 618
1905	897 897	734 955	16 976	145 466
1906	935 002	780 761	20 141	134 100
1907	962 277	814 575	22 099	125 603

Auch in dieser Tabelle zeigt sich eine Abnahme der Altersrenten, da der Lob in das Heer derselben stärkere Renten reißt, als die neu hinzugekommenen Dreißigpennigrentner wieder ausfüllen können. Dagegen ist die Gesamtzahl der Invalidentrentner trotz des Rückgangs an Zuwachs in beständigem Steigen begriffen. Das Reichsversicherungsamt stellt die keineswegs erfreuliche Prognose, daß die Gesamtzahl der Invalidentrentner noch Jahrzehnte hinaus weiter wachsen werde, d. h. also, daß der kapitalistische Raubbau an Menschkraft und Lebensglück das ungeheure Heer solcher Erwerbsunfähigen immer noch mehr vermehren werde.

An Alters-, Kranken- und Invalidentrenten sind im vergangenen Jahre einschließlich des Reichszuwusches circa 166 Mill. Mark ausgegeben worden. Seit 1891 beträgt die Gesamtzahlung an solchen Renten circa 1170 Mill. Mark. Bis Ende 1905 — für 1906 liegen noch keine Ziffern vor — sind insgesamt 1 162 169 930 M bezahlt worden, wovon 666 138 740 M für Invalidentrenten, 355 948 810 M für Altersrenten, 65 574 410 M für Heilberfahren, 59 790 374 M für Beitragserstattungen, 11 775 820 M für Krankenrenten, 2 057 837 M für außerordentliche Leistungen, 883 932 M für Invalidentrentenpflege verausgabt worden sind.

Von dem Gesamtaufwand haben die Versicherungsträger 775 243 709 M, das Reich 386 826 214 M aufgebracht. Das Vermögen der Versicherungsträger hat Ende 1906 rund 1315 Millionen Mark betragen gegen 1237 Mill. im Vorjahr.

Als oberste Entscheidungsinstanz über Auslegung und Anwendung des Versicherungsgesetzes ist das Reichsversicherungsamt in vielen Fällen angerufen worden. Der Begriff des mittelbaren Arbeitsverhältnisses war auf dem Gebiet sowohl des staatlichen wie des gewerblichen Lebens, als auch der Landwirtschaft anzuwenden; vielfach war auch die Eigenschaft als Unternehmer streitig.

Auf dem Gebiet der Invalidentrenten sind wieder einige Fortschritte zu verzeichnen. Es bestehen jetzt 10 Invalidenthäuser, im Berichtsjahr konnten in diesen und in anderen Anstalten 931 Personen untergebracht werden.

Von den Versicherungsträgern sind 1906 insgesamt 378 978 Bescheide erteilt worden gegen 385 697 im Vorjahr. Die Verminderung trifft besonders Invalidentrentenfällen, die eine Abnahme von 4,4 Prozent aufweisen. In Beitragsrückzahlungssachen wurden 197 729 Bescheide erteilt, von den übrigen 181 249 berufungsunfähigen Bescheiden betreffen 93,1 Prozent Invalidentrentenfällen, 6,9 Prozent Altersrentenfällen. Berufungen, wurden 26 402 gezählt (Vorjahr 25 823), die zum größten Teil (98,1 Prozent) Invalidentrentenfällen betrafen. Mit den vom Vorjahr übernommenen waren 32 015 Berufungen zu bearbeiten, von denen 23 063 = 87,7 Prozent erledigt wurden und zwar 24 065 durch Urteil des Schiedsgerichts, 1202 durch Zurücknahme, 1496 durch Anerkenntnis, 631 durch Vergleich, 616 auf andere Weise; 3332 = 12,3 Prozent blieben unerledigt.

Revisionen sind 6290 anhängig gemacht worden, wovon 5583 auf die Versicherten entfallen. Von den Revisionen der Versicherten wurden 3625 = 66,3 Prozent durch Bestätigung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils und 35 = 0,8 Prozent durch Abänderung desselben entschieden, in 534 Fällen = 12,8 Prozent erfolgte eine Zurückweisung der Sache an das Schiedsgericht.

Von den Revisionen der Versicherungsträger wurden 229 = 36,8 Prozent durch Bestätigung und 107 = 18,1 Prozent durch Abänderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils entschieden, 253 = 42,9 Prozent wurden zurückgewiesen. Den Revisionen lagen folgende Streitfragen zu Grunde: Versicherungspflicht und Recht in 267 Fällen, Erfüllung der Wartzeit in 247 Fällen, Erlöschen der Anwartschaft in 374 Fällen, Erwerbsunfähigkeit in 2643 Fällen, Rentenbeginn und Höhe in 173 Fällen, Veränderungen im Sinne des § 47 des V. G. in 717 Fällen, wesentliche Mängel des Verfahrens in 517 Fällen, sonstige Streitfragen in 197 Fällen.

Die Versicherungsträger hatten mit ihren Revisionen viel mehr „Mud“, als die Versicherten. Dies ergibt sich zum Teil daraus, daß die Revision nur darauf gestützt werden kann: 1. daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Akten beruht, 2. daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. Nach diesen Bestimmungen hält es schwer, Revisionsgründe zu finden. Währungs-wert wäre deshalb anstatt des Revisionsverfahrens die Einführung des Rekursverfahrens wie in Unfallsachen, damit der Kläger noch neues Beweismaterial beibringen könnte.

Alles in allem zeigt der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts, daß in allen Teilen eine Überlastung vorhanden ist, worunter zweifellos die Rechtspflege sehr zu leiden hat. Verschiedene Maßnahmen haben ferner gezeigt, daß im Reichsversicherungsamt die sozialen Tendenzen, deren Anwendung seiner obersten Aufsicht unterliegen soll, nicht immer Rechnung getragen worden ist. Das Amt muß schlüssig sowohl eine Remedur seiner zum Teil absolut kein soziales Verständnis zeigenden Ansichten, als auch seiner Geschäftsbehandlung eintreten lassen, die Versicherten müßten denn das letzte Vertrauen auf eine geregelte, sichere und wirklich sozialpolitische Behandlung verlieren.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Die vom Kaiserl. Statistischen Amt mit Hilfe der Gewerkschaften u. v. v. vorgenommenen Zählungen und Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden erfassen mit jeder weiteren Zählung einen größeren Kreis von Verbänden und Personen. An der am 30. März

b. J. vorgenommenen Erhebung für das 1. Quartal 1907 beteiligten sich 61 Verbände mit 1819 623 Mitgliedern. Von diesen waren am 30. März d. J. als arbeitslos gemeldet am Ort 15 136, auf der Reise 1830, das sind 1,7 Prozent. Am 28. Januar d. J. betrug diese Ziffer 1,7 Prozent, am 28. Februar 1,6 Proz. Der Januar dieses Jahres zeigte also den höchsten Prozentfuß der gleichzeitigen Arbeitslosigkeit, die zum März hin fällt. Dies stimmt auch mit den Berichten der Arbeitsnachweise und mit den Ausweisen der Krankenkassen über die Lage des Arbeitsmarktes überein.

Genaue Aufklärung gibt die Gestaltung der Arbeitslosenziffer in den einzelnen Verbänden. Bei der Betrachtung dieser Ziffern ergibt sich, daß von 57 berichtenden Verbänden, deren Angaben verarbeitet werden konnten, am 30. März 29 eine größere Arbeitslosenziffer als 1,8 Prozent hatten. Unter dem Durchschnitt von 1,8 Prozent waren dagegen 28 Verbände, die 911 093 Personen umfaßten. Daraus ergibt sich, daß die größere Arbeitslosigkeit zwar mehr Verbänden, aber weniger Personen umfaßt.

Die höchsten Arbeitslosenziffern zeigen durchweg die Bühnener, Friseur-, Glaser- und die Bäcker. In unserem Verband waren von je 100 Mitgliedern arbeitslos am Ort und auf der Reise am 30. März d. J. 6,0 gegen 8,4 am gleichen Tage des Vorjahres und 6,8 am 29. Dezember 1906. Die Bühnener hatten 11,9 Proz., die Glaser 11,8 Prozent, die Friseure 10,6 Proz. Arbeitsloser.

Die Prozentziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit, welche die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals darstellt, kommt diesmal auf 6,5 Proz. zu stehen. Auf über diesem Satz stehen 22 Verbände mit 304 735 beruhten Mitgliedern; darunter stehen 33 Verbände mit 891 363 Mitgliedern, das sind 25,5 Proz. bzw. 74,5 Proz. Auch hier figuriert unser Verband mit an höchster Stelle, wir hatten auf je 100 Mitglieder im 1. Quartal d. J. 24,0 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 24,8 im 1. Quartal 1906 und 20,9 im 4. Quartal 1906. Mehr Arbeitslosenfälle als wir hatten die Bühnener, Friseur-, Glaser- und Gärtner, alle übrigen Verbände weisen eine geringere Arbeitslosigkeitsfrequenz auf.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage im 1. Quartal 1907 war bei den Mitgliedern aller Verbände 1 088 390 Arbeitslosentage am Ort und 59 281 auf der Reise, insgesamt also 1 147 671 Tage. Die durchschnittliche Dauer des Arbeitslosenfalles beträgt bei 83 691 gemeindeten Fällen von Arbeitslosigkeit am Ort 13 Tage, gegen 11 Tage im 4. Quartal 1906. Die längere Ausdehnung der Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt sich bei fast allen Verbänden; bei unserem Verband stieg die durchschnittliche Arbeitslosendauer von 9,3 Tagen im 4. Quartal 1906 auf 14,0 Tage im 1. Quartal 1907. Einzelne Gewerbe hatten eine sehr lange Arbeitslosendauer, am längsten über 20 Tage, die Bühnener, Glaser, Holzarbeiter, graphischen Berufe, Notensetzer, Bergarbeiter.

Nach Berufsgruppen geordnet, stellt sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit wie folgt:

Berufsgruppe	im 1. Quart. 1907	im 4. Quart. 1906
Arbeitslosigkeit betrug im Durchschnitt pro Person Tage		
Arbeitslosigkeit betrug im 1. Quart. im 4. Quart.	1907	1906
Hand- und Handelszünftner	14,8	5,1
Bergbau und Hüttenwesen	30,4	30,2
Industrie der Steine und Erden	12,1	13,7
Maschinenbau u. Metallbearbeit.	15,6	9,9
Textilindustrie	12,5	17,1
Papierindustrie	9,1	4,4
Leberindustrie (einschl. Schuhm.)	9,4	6,8
Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	21,1	18,2
Industrie d. Nahr- u. Genussmittel	13,2	8,3
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe (ohne Schuhmacher)	10,0	12,3
Baugewerbe	25,7	8,1
Kunst- und künstler. Betrieb	21,1	12,0
Polgraphische Gewerbe	13,0	15,7
Handel und Verkehr	10,8	6,6
Verschiedene Berufsgruppen	13,6	10,9

Am niedrigsten war demnach die Dauer der Arbeitslosigkeit in der Papier- und Leberindustrie, am höchsten im Bergbau, der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und in den künstlerischen Betrieben (Bühnener).

Wie die Dauer der Arbeitslosigkeit ist auch die durchschnittliche Unterstützungsdauer von 14,2 Tagen im vierten Quartal 1906 auf 17 Tage gestiegen.

Besondere Beachtung verdienen die Zahlen über die Unterstützungstage und Unterstützungssummen, die im ersten Quartal 1907 bezahlt worden sind. Es wurden vergütet 761 200 Unterstützungstage am Ort, 81 350 auf der Reise. Die Summe der gezahlten Ortsunterstützung betrug 1 043 664 M., dazu treten an Reiseunterstützung 91 731 M., so daß insgesamt 1 135 395 M. Unterstützungen ausgezahlt worden sind, 439 445 M. mehr als im vierten Quartal 1906. Die durchschnittliche Unterstützungssumme betrug 23,23 M. (Vorquartal 20,57 M.).

Unser Verband hatte bei einer Mitgliederzahl von 11 384 Personen im 1. Quartal 1907: 2709 Fälle von Arbeitslosigkeit (gleich 23,8 Proz.), am letzten Tage des Quartals waren 616 Arbeitslose am Ort vorhanden. Auf der Reise befinden sich 32. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 38 106, an 767 Personen wurde für 12 551 Tage 13 879 M. Ortsunterstützung gezahlt, ferner an 152 Reisenden für 802 Tage 864 M. Reiseunterstützung. — Die sowohl von sämtlichen Verbänden als von unserem Verband ausbezahlten Unterstützungssummen sind enorm hoch; wenn selbst bei guter Geschäftskontinuität die Arbeiterorganisationen solche Summen aufbringen müssen, beweist das mehr als irgend etwas anderes, wie notwendig eine öffentliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung ist.

Die bayerischen Landtagswahlen und die Gewerkschaften in Bayern.

Die bayerischen Landtagswahlen stehen vor der Tür. Die politischen Parteien rühren geschäftig ihre Werbetrümmel und suchen ihren Kampfabteilungen neue Rekruten einzureihen. Arbeiterfreundschaft sind sie ja alle, alle bis zum radikalsten Bauernbund!

Die gesamte Arbeiterkraft Bayerns hat ein Lebensinteresse an der zielklaren Förderung einer ausgeprochenen sozialen Arbeiterklassenpolitik. Und nur eine Partei Bayerns trägt klar die Grundzüge einer wirklichen Arbeiterklassenpolitik an: die Sozialdemokratie. Wie heissen und jammern mehrheitlich die parteibekleideten Seelen der bürgerlichen Parteien über diese rauhe proletarische Politik!

Sie stehen ja vornehm über den Massen, und ihre Herzen
prennen nur für das allgemeine Wohl. Ein Blut der be-
schränkten, einseitigen Klassenpolitik! Man lasse sich aber
nicht durch das Hamäleonartige Schillern der bürgerlichen
Parteien in allen Regenbogenfarben über ihren wahren
Grundcharakter täuschen. Der Liberalismus ist bei Lichte
belesen das Sprachorgan des mobilen Kapitals; in der
Zentrumspolitik schlag ein wirres, charakterloses Gemisch
rückständiger Mittelstandsforderungen nieder. Kein bür-
gerlich sind aber alle im Grunde ihrer Seele, und wenn
einmal ernstlich das bürgerliche Eigentum gezeigert
wird, jubeln die millionenfachen ausgebeuteten Arbeiter-
schaft angepöbel werden soll, so lauten sie Sturm und wehen
den letzten Ordnungs- und Nachtwächter mit dem mühen-
marterhüllenden Schrei an: das Eigentum, das Palladium
des sittlichen Staats, ist in Gefahr!

Aus der ganzen Situation des Proletariats folgt not-
wendig eine ausgesprochene sozialpolitische Arbeiterklassen-
politik mit der Grundrichtung: Eindämmung der Herr-
schergewalt des kapitalistischen Unternehmertums durch ge-
setzliche Einschränkung der Arbeitszeit, durch Regelung der
sanitären Verhältnisse der Fabrik und Werkstatt, durch die
Begründung allgemeiner Versicherungsanstalten gegen die
erstenuntergrabenden Folgen der Krankheit, des Un-
falls, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit, durch die
Errichtung öffentlich-rechtlicher Betreuungsanstalten für
den Arbeiter. Wer da behauptet, alle diese Forderungen
atmen nicht den Geist einer fest wurzelten Klassenpolitik
und lehnen sich nicht gegen die Interessen einer bestimm-
ten sozialen Klasse; gegen das kapitalistische Unternehmertum,
der ist entweder blind oder liegt mit frecher Stirn.
Je kompakter sich die Arbeitermassen, je mehr auto-
nomen oder protestantischen, zu einer Klassenpartei zusammen-
scharen, je stärker ist ihre Stimmkraft, und je sicherer jeher
sie ihre Klassenforderungen in den Parlamenten durch. Es
steht ja dann hinter diesen Forderungen nicht ein Bruchteil
einer Klasse nur, sondern die Klasse selbst. Ihrer ganzen
geschichtlichen Entwicklung nach ist in Deutschland nun die
Sozialdemokratie im wesentlichen eine Arbeiterklassenpartei.
In der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl tren-
nen soziale sozialpolitische Fragen in den Brennpunkt
des proletarischen Interesses. Der Demokratisierungsspro-
ch, in den dank der unablässigen vorwärtsdringenden
Tätigkeit der Sozialdemokratie der bayerische Staat getre-
ten ist, muß auf das kommunale Gebiet zifferlos hinüberge-
leitet werden. Am demokratisierten Staat muß sich die
demokratische Gemeinde emporheben. Die Reform der
Gemeindeverwaltung ist eine Arbeiterklassenforderung von
grundlegender Bedeutung. Die demokratische staatliche und
kommunale Verwaltung verbürgt erst die konsequente
Durchführung der Arbeiterlohn- und Arbeiterverföhrungs-
gesetzgebung.

Das Proletariat, das unermüdet hart in die Kammer
und in die Gemeindeverwaltungen eintritt, beunruhigt die
Arbeiterpolitik des Staats und der Gemeinden mit harter
Hand. Der Staat und die Gemeinden Bayerns behäuf-
tigen ganze Armeen von Arbeitern und Beamten. In
diesen Arbeitern, die durch eine fortgeschrittene staatliche
und kommunale Sozialpolitik in menschenwürdige Arbeits-
und Lohnverhältnisse versetzt sind, wird die Gewerkschafts-
politik eines wichtigen Stützpunkts haben. Beschreiten
Staat und Gemeinden Bayerns als die größten Arbeit-
geber fortschrittliche sozialpolitische Bahnen, so müssen die
Kritiker dieser Bahnen zögern.

Die Sozialdemokratie ist nun im bayerischen Landtage
in allen grundlegenden Fragen der staatlichen sozialen
Arbeiterpolitik von den gesamten übrigen Parteien nieder-
geschlagen worden. Ihr Antrag auf Einschränkung des Ream-
pandentages vom 1. April 1906 und des Abschlußentages
vom 1. April 1907 ist abgelehnt worden. Im sozialen Aus-
schuß stante für diesen sozialdemokratischen Antrag nur
noch der Abgeordnete Lindberger. Volk der Landtagsbesitzung
erst in Staat und Gemeinde einen Siegessieg, so ist kein
Triumph in den Privatunternehmungen bezeugt. Die
sozialdemokratische soziale Lohnpolitik, die genutzende, für
den Familienunterhalt ausreichende Arbeitslöhne und
Dienstreise vorzieht und einen Mindestlohn von 3 A für
erwachsene männliche Arbeiter festsetzen wollte, wurde von
den Regierungen und Parteien kühnheitslos bekämpft.

Die Durchsetzung aller sozialdemokratisch fortgeschrittenen
Arbeiterklassenforderungen ist an demokratische Staats-
und Verwaltungsinstitutionen gebunden. Die Demokratisierung
des Staats und der Gemeinde ist daher eine politische
Voraussetzung der gewerkschaftlich organisierten Proletariats.
Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung
heutet den großen Ziele der Verwirklichung des kapitalis-
tischen Verfalls aus der Staatlich- und Staatsord-
nung zu.

Wir, ihr gewerkschaftlich organisierten Arbeiter
Bayerns, kämpfen am 31. Mai an der Spitze der Sozial-
demokratie bei den Landtagswahlen für die Demokrati-
sierung der staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen
Institutionen Bayerns!

Dom Ausland.

Der Streik der Pariser Bäder ist in einer
Bewegung der Einzelnen für Arbeit erloschen worden.
In der Arbeiterzeitung heißt es, daß 300 Bädergehilfen jetzt
bei Arbeit im Streik geblieben haben, ohne daß es be-
zogen an den erloschen habe. Der Streik habe als be-
wiesen, daß der Arbeiter sich nicht durchsetzen kann,
da er gegen die Unternehmungen zur Abhilfe verbunden wird.
Der Gewerkschaftsrat, Kollege Goussier, erklärt, daß die
Forderungen der Arbeiter für die Bädergehilfen keine
mehr Forderungen sind. Im Unternehmern ist fest-
gesetzt worden, daß sie mit der Organisation der Arbeiter
zu tun haben. Der Kampf ist wieder aufgenommen
worden, wird das Streik von der Organisation gegeben
werden soll.

Die Bäderinspektoren in Petersburg.
Am 2. April erklärten die Bäder-Unternehmern
als Antwort auf die Forderungen der Arbeiter, die im
Streik gebliebenen Bädergehilfen zu beschäftigen, hierüber
in Petersburg. 200 Arbeiter wurden durch diesen Ge-
schicksel als des Streiks erloschen, doch noch einigen
Tage später die ersten Unternehmern auf die Forderungen
zu kommen an und 200 Arbeiter nahmen die Arbeit
wieder an. Während der Unternehmern erloschen
abgeschlossen, erklärten die Gewerkschaft der Bäder,
während der Bäder-Unternehmern die streikenden
Bädergehilfen zu beschäftigen zu. Zwei Bädergehilfen für
beschäftigten Bäder, welche von den Unternehmern an-
gefordert wurden. Die Bädergehilfen des Unternehmern
sind nicht mehr an. Es werden auf Streik des

Stadthauptmanns die Verbergen geschlossen, das Gewerkschaftsblatt wurde sistiert, der Redakteur desselben, Gram-
som, einer der rührigsten Verbandsmitglieder, wurde aus-
gewiesen usw. Trotz alledem hoffen die Bäder mit ihren
Forderungen durchzubringen. Der Bäderverband hat dieser
Tage einen Aufruf an die Petersburger Bevölkerung er-
lassen, in welchem die Entstehungsgeschichte des Konfliktes
und die Gründe, welche die Aussperrung hervorriefen, ge-
schildert werden. Der Aufruf schließt mit folgenden Wor-
ten: „Alle Mitbürger haben ein Interesse daran, daß die
Bäderarbeiter nicht unter gesundheitsgefährlichen Bedin-
gungen arbeiten. Nur dort, wo die Bäder nicht in den
Bädereien wohnen, ist es möglich, die nötige Sauberkeit zu
unterhalten und eine regelrechte sanitäre Aufsicht durchzu-
führen. Der Kampf der Bäder um Abschaffung der Unter-
nehmerwohnungen ist zu gleicher Zeit ein Kampf um die
Gesundheit der gesamten Bevölkerung.“

Eingekandt.

Dem Genossen Hagens (darf ich doch wohl schreiben,
dem „Herren“ gibt es für mich unter organisierten Ar-
beitern nicht) habe ich folgendes zu erwidern:

Ueber den Nutzen der Verschmelzung bin ich anderer
Meinung. Die Vorteile, die aus derselben fließen, wird uns
die Zeit beweisen. Aufgabe eines jeden Mitgliedes sollte
es nun meiner Ansicht nach sein, etwa bestehende Gegen-
sätze und Reibungspunkte zu beseitigen, nicht aber deren
noch neue hinzuzufügen wie dies Genosse Hagens tut.
Die Anschuldigungen, mit denen wir Conditoren da über-
schüttet werden, treffen sämtlich nicht zu; er hat damit
gründlich daneben gehalten. Ich will nicht bestreiten, daß
solche oder ähnliche Sachen, wie sie in dem Eingekandt
vergeleitet, vorgekommen sind. Aber was Conditoren den
Radau an die Rockhöhe zu hängen, finde ich geradezu
irreführend. Also etwa ein halbes Dutzend Conditoren haben
sämtliche Disziplinierungsrechner in Anwesenheit von etwa 1000
Bädergehilfen — niedergebrüllt. Wer lacht da?! Ich
bin der festen Ueberzeugung, daß man, wenn wir uns das
geringste von dem Angeführten hätten zu Schulden kom-
men lassen, uns auf dem kürzesten Weg zum Tempel hin-
ausbefördert hätte. Ueber unser „kühnes Vorgehen“ in
Sachen unserer Lohnbewegung zu urteilen, steht dem Gen.
Hagens schlecht an. Er mag sich nur mal die ursprüng-
lichen Forderungen der Bäder und dann die unrichtigen an-
sehen und uns dann mal die „dementprechend höheren
Forderungen der Künstler“ nachweisen. Oder waren die-
selben gar unberechtigt? Künftig wird aber wohl der Gen.
Hagens mit der Wahrheit nicht mehr so freimütlich
umgehen, damit auch bei ihm die Vernunft zu ihrem Recht
kommen kann.
G. Wippmann, Hamburg.

Literarisches.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein
Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von
Günther Herrmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Ber-
lin SW. 68. Band 1 brochiert 5 A., in Leinen gebunden
650 A., in Halbband 750 A.; auch in Lieferungen a 30 A.
Im Auftrage der Berliner Parteigenossen hat Herrmann
die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung herausge-
geben. Der erste Band ist jedoch erschienen. Das ganze
Werk umfaßt drei Teile. Das Werk bringt zum
ersten Male eine zusammenfassende Darstellung der
Entwicklung des Berliner Parteilebens. Berlin, das mit
Recht die „sozialistische Hauptstadt der Welt“ genannt wird,
hat sich schon lange eine führende Stelle in der Arbeiter-
bewegung erworben. Die deutsche Arbeiterbewegung steht aber
im engsten Zusammenhang mit der Entwicklung der sozial-
demokratischen Partei des Deutschen Reiches. Darum
wird die Schilderung der Berliner Bewegung auch für die
Parteilosen ganz deutlich Interesse erwecken. Die
ausführlichen Illustrationen, besonders aller Doku-
mente und Urkunden usw. erläutern das Werk in ent-
sprechender Weise. Beilagen auf die Mitglieder ersehe-
nender Liste auch auf die kompletten Bände nehmen
alle Buchhandlungen und Korrespondenten sowie der Verlag
anliegen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Mitgliedsbeitrag (Ehren a. Natur) wird auf deren
Antrag die Gewerkschaften zur Erhebung eines Ertragsbe-
trages von 10 A pro Mitglied und Woche erteilt.

Der Verbandsvorstand.
H. Allmann, Vorsitzender.

Ordnung.

Vom 6. bis 12. Mai gingen bei der Dampfstraße fol-
gende Beiträge ein:

Für Monat April: Mitgliedschaft Deggendorf
1 200; Eckern 2100; St. Johann 2000; Hannover
3000; Hamburg a. d. S. 2170; Frankfurt 6170; Bad
Nauendorf 1000; Magdeburg 2000; Schwabach 3170;
Gibberich 2000; Wittenberg 19170; Rarnberg 4325;
Braun 3510; Segeberg 4700; Reiz 4150; Eisenberg
1040; Rarnschütz 4000; Eisenberg 4100; Dortmund
1040; Darmstadt 600; Mainz 2000; Wiesbaden 2170;
Regensburg 2000; Köln 2170; Landshut 1000; Kiel
2000; Wuppertal 2150; Frankfurt 1000; Karlsruhe
1000.

Für März und April: Jena 1 000.
Von Einzelzahlern der Dampfstraße:
H. J. Krammer 1 000; R. G. Lohmann 250; C. D. G.
Hamburg 1200; H. M. Krammer 500; F. B. Müller 500;
C. H. Krammer 500; A. H. Krammer 500; F. G.
Gundam 1100; G. R. Schleswig 1000; R. G. Krammer
1000; A. H. Krammer 500; A. H. Lenz 1500
Für April: Mitgliedschaft und Ehren a. Natur: Zentr.
H. A. Wiesbaden 1 100; Zentr. H. A. Köln 510;
Zentr. H. A. Frankfurt 1 000; Mitgliedschaft Magdeburg
600; Mitgliedschaft Eisenberg 1000; A. H. Eisenberg 1000;
Mitgliedschaft Wiesbaden 1 100; J. S. Köln 1 100; A. H.
Frankfurt 600; G. H. Frankfurt 1000.

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

Ehren-Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß ich die gemeinen Verleidi-
gungen gegen Herrn Weber, Hannover, welche ich auf
den mir zugesendeten Fragebogen geschrieben, in der
Anrede an Herrn Weber und mit dem Ausdruck des Bedauerns
zurücknehme.

Hannover, Marienstr. 3.
A. 270) Heinrich Töppe, Bädermeister.

Unsern werten Kollegen
Karl Christian Horn
nebst seiner lieben Braut, Fräulein
Klara Strohecker
die besten Glückwünsche zur Verlobung!
A. 240) Die Mitgliedschaft Freiburg i. Br.

Belehrend! Interessant! Unterhaltend!

ist das Wert
**Blut u.
Eisen**



Krieg und Kriegertum
in alter und neuer Zeit
von **Ungo Schulz**.

Reich illustriert mit
Bildern und Doku-
menten aus der Zeit.

Zu beziehen in 50
Lieferungen a 20 Pf.,
der erste Band liegt
bereits gebunden vor
und kostet in Leinen-
band Mk. 7.—, in Halb-
franzband Mk. 8.—.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und allen Kol-
porteur, sowie den Verlag: Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Allen Münchener Bäckergehilfen

empfiehlt sich zur
Anfertigung von
Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage. Für
eleganten Schnitt und sich weitgehendste Garantie.
Georg Brem, Walterstr. 21, I., Adlg.

Nachruf.

Am 8. Mai ist unser Mitglied
Alwin Arzt
im Alter von 34 Jahren der Proletarietkrankheit
erlegen.
Ehre seinem Andenken!
A. 2201 Mitgliedschaft Dresden.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen finden statt:

- Ayolba. Sonntag, 19. Mai, vormittags 10 Uhr, im
Gewerkschaftshaus.
- Bautz-Wilhelmsbad. (Öffentl.) Dienstag, 28. Mai,
nachm. 3 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Peterstr.
Referent: Heeren-Hamburg. — Nach der öffentlichen
Versammlung findet eine Mitgliederversammlung statt.
- Braunschweig. Mittwoch, 22. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr,
in Stegers Bierpalast, Stobenstraße.
- Coblenz. Jeden Donnerstag nachm. 2 Uhr, Zusammen-
kunft im „Goldenen Ring“, Roselstr. 41.
- Cottbus. Jeden Donnerstag, nachm. 3 Uhr, Diskutier-
stunde bei Ww. Giesl, Schloßkirchstr. 12.
- Crimmitschau. Sonntag, 26. Mai, nachm. 3 Uhr, in
der Centralherberge.
- Darmstadt. Dienstag, 21. Mai, nachmittags 4 Uhr,
in Hüttingers Brauerei, Am Ludwigplatz.
- Dortmund. Unser Verteilungslokal befindet sich nicht mehr
„Wesfälischer Post“, sondern bei Karl Behle, Bruckstr. 16.
- Duisburg. Sonntag, den 26. Mai, nachm. 3 Uhr, bei
Marck, Feldstr. 9.
- Eisenach. Sonntag, 26. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, in der
„Kriechen Quelle“, Alexanderstr.
- Erfeld. Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im
„Volkshaus“.
- Gießen. Jeden Donnerstag Zusammenkunft im „Wiener
Hof“, Johannesstraße.
- Hannover. (Öffentl.) Donnerstag, 23. Mai, nachm.
5 Uhr, im „Arbeiter-Verein“, Burgstr. 30.
- Hannover. Dienstag, 23. Mai, nachm. 4 Uhr, in Wie-
brautels Hotel, Knochenhauerstr. 1.
- Henningsdorf a. S. Sonntag, 26. Mai nachm. 4 Uhr,
bei Lehmann.
- Hildesheim. Mittwoch, 22. Mai, abends 7 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Goldschmiedstr. 23.
- Königsberg i. Pr. Mittwoch, 22. Mai, nachm. 3 Uhr,
im „Helsenkrug“, Kronenstr. 4.
- Mannheim. Donnerstag, 23. Mai, nachm. 3 Uhr, in
der Centralhalle, Q. 2, 16.
- Mühlheim a. Rh. Jeden Donnerstag, nachm. 4 bis 6
Uhr, im Kreuzerbräu, Wallstr. 56.
- Münster. Mittwoch, 22. Mai, nachm. 5 1/2 Uhr, im
„Goldenen Rörcher“, Dötschmannplatz.
- Niederrhein i. Gr. (Öffentl.) Sonntag, 26. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, bei A. Schuhmacher, Kurwischstr. 28.
Referent: Heeren-Hamburg.
- Novos. Diskutierstunde jeden Dienstag, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Bequinenberg 10.
- Novos. Donnerstag, 23. Mai, nachm. 6 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Bequinenberg 10.
- Strasbourg i. G. Mittwoch, 29. Mai, nachm. 3 Uhr,
Diskutierstunde bei Schwab, Alte Kornstraße 1.
- Frankfurt. Mittwoch, den 22. Mai, nachm. 2 Uhr,
im „Gasthof „Zum Löwen““.
- Zeitz. Mittwoch, 22. Mai, nachm. 3 Uhr, im Franzö-
siskaner Keller.
- Zwiden. Dienstag, 21. Mai, im „Brauereischloßchen“,
Schloßstraße 2.

Für die Redaktion verantwortlich: Joh. Heeren, Hamburg,
Bismarckstr. 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg,
Drud von Fr. Meyer, Hamburg-Albeck, Trebenstraße 4

Unsere Lohnbewegungen.

Bur Lohnbewegung in Berlin.

Am 7. Mai tagte eine öffentliche Bäckerversammlung. Die Lohnbewegung, welche sich jetzt mehr und mehr zum Kampfe auszubilden scheint, hatte die Bäckergehilfen in großen Scharen nach der Versammlung geführt. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz besetzt. Heschold besprach die bekanntesten Vorgänge, besonders die Ablehnung des Oberbürgermeisters als Vermittler durch die Innungen. Unter anderem führte der Redner aus, es sei bei einem Teil der Innungsmeister von vornherein abgemacht gewesen, daß sie auch den Oberbürgermeister als Vermittler nicht anerkennen wollen. Schon einige Tage vor der betreffenden Entscheidung habe Obermeister Liebing gesagt: „Ach, was versteht der Oberbürgermeister von der Bäckerei!“ Nachdem nun die Innungen sowohl das Gewerbegericht als auch den Oberbürgermeister oder einen sonstigen unparteiischen Vermittler abgelehnt haben, ist den Gesellen jeder Weg einer friedlichen Verständigung verlegt. Diese Ablehnung durch die Innungen bedeutet nichts anderes als den Streik. (Verhafter Beifall.) Jetzt gilt es zu handeln und alle Vorbereitungen für den Kampf zu treffen. Die Freie Vereinigung der Bäckermeister hat sich bereit erklärt, eine Vereinbarung mit dem Bäckerverbande vor dem Gewerbegericht abzuschließen. Was da vereinbart werden wird, soll dann als Forderung an alle Meister eingereicht werden. Der Referent empfahl folgende Resolution:

„Die heutige Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der durch die Innungen erfolgten Ablehnung der Vermittlung des Oberbürgermeisters von Berlin in unserem Lohnkampfe.

Die Innungen haben damit den Beweis in der Öffentlichkeit erbracht, daß es ihnen nicht um Schaffung eines ehrlichen Friedens zu tun ist, sondern daß sie nur den Kampf wollen. Mit den „freien“ Verhandlungen oder solchen vor dem Innungsschiedsgericht soll nur die vorjährige Innungstafel der Versprechungen, an deren Halten man aber nicht im entferntesten denkt, wieder angewandt werden.

Diese hinterhältige Innungspolitik macht es der Gesellschaft unmöglich, irgend welchen Einigungs-Kommissionen der Innungsvertreter auch nur das geringste Vertrauen entgegenbringen zu können.

Daß alle Einigungs-Verhandlungen gescheitert sind, ist lediglich der rückständigen Ablehnung der unparteiischen Verhandlungskommission durch den Oberbürgermeister seitens der Innungen zuzuschreiben und fällt die Verantwortung dafür auch nur den Innungen zu.

Die Versammlung sieht sich gezwungen, nunmehr der Organisationsleitung den Auftrag zu erteilen, zu gegebener Zeit die Forderungen an die einzelnen Meister abzuliefern. Jedoch ist es der Organisationsleitung freigestellt, wenn sie es für zweckdienlich hält, das Angebot der „freien“ Vereinbarung der Bäckermeister Berlins, welche sich durch Beschluß zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht bereit erklärt haben, zu akzeptieren und mit diesen und den übrigen Meistern, welche zu Verhandlungen auf realer Grundlage geneigt sind, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu verhandeln.“

Häufigste referierte über die Frage, welches ist die Vertretung der Berliner Bäckergehilfen. Dieser Punkt ist auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil die Innungsvorstände behaupten, der Verband sei nicht die Vertretung aller Berliner Bäckergehilfen. Demgegenüber führte der Redner aus, daß außer dem Verbande eine wirkliche Arbeiterorganisation für das Bäckergewerbe nicht besteht, und daß sich mit den Forderungen des Verbandes auch die Gesellenausschüsse aller Innungen, also die gesetzliche Vertretung aller Arbeitnehmer im Bäckergewerbe, einverstanden erklärt haben. Im Einverständnis mit den Gesellenausschüssen empfahl der Redner die folgende Resolution:

Der taube Richter.

Eine interessante Gerichtsverhandlung aus der guten alten Zeit schildert Victor Hugo in: „Der Glöckner von Notre-Dame“, einem Roman, der gegenwärtig in der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ veröffentlicht wird. Es heißt da:

In dem kleinen, niedrigen Gerichtssaal fand, wie üblich, offene Sitzung statt. Der große, hölzerne Lehstuhl für den Vredot (Oberrichter) bestimmt, war noch unbesetzt; links von demselben auf einer Bank saß der Auditor (Hilfsrichter) Meister Florian; vor diesem der Gerichtsschreiber, die Feder in der Hand. Gegenüber, vor den hölzernen Schranken, hatten die Zuschauer ihren Platz.

Meister Florian, der Hilfsrichter, war taub, was aber bei einem Richter nicht viel zu bedeuten hat und speziell bei Meister Florian nicht, denn er richtete darum nicht minder gut, und zwar ohne Appellation. Es ist hinreichend, wenn ein Richter sich nur den Anschein gibt, zuzuhören, und Meister Florian erfüllte diese Bedingung, die einzig wesentliche einer guten Rechtspflege, um so besser, als seine Aufmerksamkeit durch kein Geräusch geklärt werden konnte.

Aufgepaßt, Robain Pousserain! Wen bringen sie denn jetzt, daß so viel Sergeanten auf den Beinen sind? Beim Jupiter, die ganze Meute ist in Bewegung! Das muß ein Hauptstück der Jagd sein!“ so sagte ein Zuschauer hinter den Schranken zu einem seiner Freunde.

Es war der Angeklagte Quasimodo, der Glöckner von Notre-Dame, gebunden und unter starker Bedeckung. Es lag übrigens, seine Mißgestalt ausgenommen, in Quasimodo nichts, was diesen ungewöhnlichen Auswand von Spießen, Büchsen und Schwertern rechtfertigte; er war düster, schweigend und ruhig. Kaum warf von Zeit zu Zeit sein düsteres Auge einen zornverfüllten Blick auf die Bande, die ihn fesselten. Inzwischen blätterte Meister Florian in der gegen Quasimodo vorliegenden Akte, die ihm der Gerichtsschreiber darreichte. Diese Vorsicht brauchte er bei jedem Verhör. Er lernte dadurch die Namen, Qualitäten und Vergehungen des Beschuldigten kennen, machte voraussichtliche Antworten auf vorausgesetzte Fragen und arbeitete sich so durch alle Schwierigkeiten des Verhörs durch, ohne daß man seine Taubheit allzu sehr gewahr wurde. Das Protokoll war für ihn der Hund des Altknech. Wenn durch irgend eine un-

In Erwägung dessen, daß die Innungen und ihre offiziellen Vertreter erklären, der Deutsche Bäckerverband sei nicht die wahre Vertretung der Berliner Bäckergehilfen, erklärten sich die in der Versammlungseinladung unterzeichneten Gesellenausschüsse der Bäckerinnungen Germania Concordia, Nixdorf, Steglitz, Briß und Reinickendorf mit den Forderungen des Verbandes, die auch von den gesetzlichen Vertretern (den Gesellenausschüssen) mit an die Innungen gestellt sind, vollständig einverstanden.

Die von den Innungen ausgestellten Verordnungen, daß die Mitglieder als Unterzeichner der Flugblätter und Versammlungseinladungen nicht die gesamten Gesellenausschüsse vertreten, müssen wir als Unwahrheit zurückweisen und erklären, daß die Gesellenausschüsse mit der Verbandsleitung alle Schritte in der Lohnbewegung gemeinsam beraten und unternommen haben.

Die heutige öffentliche Versammlung beauftragt auch fernerhin nur die Verbandsleitung und die Gesellenausschüsse mit der Vertretung ihrer Interessen den Arbeitgebern gegenüber und erteilt ihnen Vollmacht zur Durchführung unserer Forderungen.

Den Referaten folgte eine rege Diskussion. Alle Redner stimmten den Referenten zu. Auch der Verbandsvorsitzende Allmann nahm das Wort. Unter stürmischem Beifall der Versammlung führte er aus, daß jetzt jeder Berliner Bäckergehilfe zum Kampf bereit sein müsse. Der Verband ist für den Kampf gerüstet und tritt mit seinen Mitteln für die Berliner Bewegung ein. Es gelte jetzt, bereit zu sein und den bevorstehenden Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Nach Schluß der Debatte wurden beide Resolutionen einstimmig angenommen.

Folgende „Berichtigung“ der Bäcker-Innungen ging dem „Vorwärts“ zu:

„In Nr. 101 des „Vorwärts“ wird behauptet, daß im Tarifvertrag von 1906 ein paritätischer Arbeitsnachweis vorgesehen sei. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Es steht von einem solchen nichts darin. Im Gegenteil hat noch in einer der letzten Sitzungen der Schlichtungskommission der Gewerkschaften des Verbandes, Heschold, bezeugt, daß der Zentral-Arbeitsnachweis ein Innungs-Arbeitsnachweis sein solle. Weiterhin ist es unrichtig, daß die Statuten desselben ohne Hinzuziehung der Gesellschaft angenommen wären. Ihre Annahme ist überhaupt noch nicht erfolgt. An letzter Stelle ist die Behauptung nicht richtig, daß der Gesellschaft ein Mitbestimmungsrecht nicht eingeräumt wäre, daselbe ist im vollsten Maße gewahrt.

Achtungsvoll

Die Vorstände der Bäckerinnungen Berlins u. d. Vororte. Frik Schmidt, Vorsitzender.“

Herr Schmidt kann sich solche „Berichtigungen“ ersparen. Die Situation kann nicht mehr verwirrt werden. Einmal berufen sich die Bäckerinnungen auf den Text des Tarifvertrages, wenn es sich um Festkammern an ein Wort handelt, während sie bei Beurteilung des Tarif-Sinnes (um den es sich nun handelt) den Tarif-Vorstand verleugnen.

Wiederholt haben wir den Wortlaut des Tarifvertrages wiederzugeben; wir wollen es nochmals tun, ohne etwa die Hoffnung zu hegen, daß die Bäckerinnungen es nun kapieren. Punkt 5 des Tarifvertrages lautet:

„Für Berlin und die Vororte, welche dieser Abmachung angeschlossen sind, soll ein zentralisierter Arbeitsnachweis errichtet werden. Dieser ist einer aus gleichen Teilen von Meistern und Gesellen gewählten Kommission zu unterstellen.“

Die einzusetzende Schlichtungskommission hat die Vorarbeiten für Errichtung dieses Arbeitsnachweises zu treffen und muß derselbe möglichst am 1. April 07 in Kraft treten.

Die Innungen verpflichten sich, nach Inkrafttreten dieses Arbeitsnachweises ihre Mitglieder zur ausschließlichen Benutzung desselben anzubahnen.“

Aus obigem geht zur Evidenz hervor, daß die Verwaltung dieses Arbeitsnachweises eine vollständig parität-

passende Anrede oder eine unverständliche Frage seine Taubheit sich kundgab, so hielten die einen dies für tiefe Gelehrsamkeit, die anderen für Dummheit. Meister Florian gab sich so viele Mühe, seine Taubheit zu verhehlen, daß es ihm meistens gelang.

Nachdem er nun Quasimodos Sache wohl aufgefaßt und sich einverleibt hatte, bog er das Haupt rückwärts und schloß die Augen zur Hälfte, um sich ein majestätisches und unparteiisches Ansehen zu geben, so daß er jetzt sowohl taub als blind war, ohne welche doppelte Bedingung es keinen vollkommenen Richter gibt. In dieser richterlichen Haltung begann er das Verhör!

„Euer Name?“ — Hier trat ein durch das Gesetz nicht vorausgesehener Fall ein, nämlich, daß ein Tauber einen Tauben zu verhören hatte. Quasimodo, der nichts von der an ihn gerichteten Frage hörte, starrte vor sich hin und antwortete nicht. Der Richter, gleichfalls taub und von der Taubheit des Delinquenten nicht unterrichtet, glaubte, daß er geantwortet habe, wie Befragte tun, und fuhr in seiner mechanischen und stupiden Weise fort:

„Gut! Euer Alter?“ Quasimodo antwortete ebensowenig auf diese Frage. Der Richter glaubte sie beantwortet und fuhr fort: „Ist, Euer Stand?“

Zimmer das nämliche Stillschweigen.

Die Zuschauer sahen sich gegenseitig an und scherten.

„Gut“, fuhr der taube Richter ungestört fort, indem er voraussetzte, daß der Angeklagte keine dritte Frage beantwortet habe: „Ihr seid vor uns angeklagt: primo, nächtlicher Ruhestörung; secundo, unehrbarer Angriff auf die Person eines närrischen Weibsbilds; tertio, des Widerstandes und Auftrubs gegen die Hohenhäuser der königlichen Leibwache. Erklärt Euch über alle diese Punkte. Gerichtsschreiber, habt Ihr die Antworten alle angegeschrieben, welche der Angeklagte bis jetzt gegeben hat?“

Auf diese unpassende Frage erhob sich ein allgemeines Gelächter im ganzen Saale, so heftig, so toll, daß es selbst den beiden Tauben nicht entgehen konnte. Quasimodo zuckte die Achseln und blühte verachtungsvoll um sich. Meister Florian, gleich ihm verundert, bildete sich ein, daß irgendeine unehrliche Antwort des Angeklagten das Gelächter der Zuhörer erregt habe und fuhr ihn mit den Worten an:

„Du schüt, Du hast hier eine Antwort gegeben, die den Strid verdient!“

tische sein sollte. Diesen Passus aber wollen ja gerade die Innungen durch allerhand Winkelzüge in das Gegenteil umdeutlichen, weil die Schlichter aus dem Westen gegen einen unabhängigen Arbeitsnachweis sind. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser Arbeitsnachweis, der, weil zwischen den Innungen und dem Bäckerverbande usw. vereinbart bis zu einem gewissen Grade auch Innungs-Arbeitsnachweis (allerdings für 12 Innungen) sein mußte, dennoch ein paritätischer ist. Selbst Bäckermeisterzeitungen haben sich auf diesen Standpunkt gestellt und den Namen „Zentral-Arbeitsnachweis“ nur als andere Bezeichnung für dieselbe Sache erklärt. Auf denselben Standpunkt hat sich auch Heschold in der Schlichtungskommission gestellt. Ueberhaupt ist es eine sonderbare Kampfweise, wenn sich die Innungen stets nur auf aus dem Zusammenhange gerissene Neußerungen berufen, während doch die Berufung auf den klaren Wortlaut des Tarifvertrages hier wieder viel leichter wäre und auch überzeugender wirken würde. — Auch die Behauptung, daß die Statuten für den neuen Innungs-Zentral-Arbeitsnachweis ohne Hinzuziehung des Gesellenausschusses beraten und beschlossen sind, ist richtig. Aber will Herr Schmidt etwa behaupten, daß die Statuten noch nicht festgestellt, also beschlossen sind? Wer hat diesen Arbeitsnachweis und seine Regulative beschlossen, die jetzt den Innungsvertretern vorgelegt werden? Doch nur die Innungsvorstände. Weiß der Herr Obermeister nicht, daß nach § 9 der Gewerbeordnung hierbei ein Mitglied des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht zugelassen werden muß? Das ist aber nicht geschehen. — Also?!

Geradezu grotesk aber ist es, daß die Innungen bestreiten wollen, daß sie im neuen Arbeitsnachweis den Gesellenausschüssen jedes Mitbestimmungsrecht nehmen wollen.

Wir wollen hier nur die neuen Statutenbestimmungen neben die alten stellen, sie sagen alles:

Altes Statut: Neue Fassung: § 36 Abs. 1. § 36 Abs. 1.

Die Innung errichtet zur Verwaltung der Gesellen- und Herbergsangelegenheiten sowie des Arbeitsnachweises einen „Auschuß für das Gesellen- und Herbergsweien.“ Die Innung errichtet zur Verwaltung der Gesellen- und Herbergsangelegenheiten sowie des Arbeitsnachweises einen „Auschuß für das Gesellen- und Herbergsweien.“

Wo die punktierte Linie zu sehen ist, da fehlt der festgedruckte Satz des alten Statuts vollständig.

Das sagt genug; mehr Beweise für die Entrechtung der Gesellen sind unnötig. Der neue Arbeitsnachweis soll nicht eine Verbesserung und liberalere Handhabung des von der großen Mehrzahl der arbeitenden Bäckergehilfen so sehr gebachten Innungs-Arbeitsnachweises schaffen, wie dieses der vorjährige Tarif wollte, sondern größere Unterjochung, Ausbeutung und Entrechtung nach Art des Kinnemänner-Nachweises. Das ist erwiesen und bleibt bestehen trotz aller Innungs-Winkelzüge.

Die Forderungen, welche der Bäckerverband in der gegenwärtigen Lohnbewegung aufstellt, bilden den Gegenstand der Verhandlungen, welche der Verband mit der Freien Vereinigung der Bäckermeister vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts führte. In der ersten Sitzung, die am 9. Mai abgehalten wurde, kam es zu einer Verständigung, wonach die Freie Vereinigung folgende Forderungen bewilligt: Vollständige Beseitigung von Kost und Loos im Hause des Meisters; Ausnahmen sind nur zulässig, wenn Verwandte des Meisters bei ihm arbeiten. — Der Mindestlohn beträgt 2 A pro Woche, für verantwortliche Posten und Gesellen in Großbetrieben entsprechend mehr. Ausküssen werden mit 4.50 A pro Tag, verantwortliche Arbeiter entsprechend höher bezahlt. Ueberstunden sind mit 60 A pro Stunde zu bezahlen. — Die Arbeitszeit beträgt einschließlich der Pausen in Kleinbetrieben 12, in Großbetrieben 10 Stunden. — Der paritäti-

Dieser Ausfall war nicht geeignet, der allgemeinen Lustigkeit Einhalt zu tun, sondern erregte ein kombustibles Gelächter, das durch den ganzen Saal lief und alle Anwesenden ohne Ausnahme ansteckte. Der Richter, immer erbitterter, glaubte im nämlichen Tone fortzujagen zu müssen, in der Hoffnung, dadurch dem Angeklagten einen heilsamen Schrecken und den Zuhörern den nötigen Respekt einzuschäufen.

„Du heilloser und verkehrter Burche!“ redete er den Delinquenten an, „Du erlaubst Dir ein solches Benehmen gegen den Auditor des Chatelet! Weißt Du, daß ich Florian Vorbedienne heiße und Stellvertreter des Herrn Vredot bin?“

In diesem Augenblicke trat der Vredot in eigener Person in den Saal, wodurch die Rede seines Auditors unterbrochen wurde. Meister Florian stürzte ihm sogleich entgegen und redete ihn mit den Worten an: „Gnädiger Herr, ich bitte um eine exemplarische Bestrafung des hier gegenwärtigen Angeklagten wegen groben Mangels an Achtung vor der Justiz.“

Der Vredot runzelte die Stirne und warf einen so gebietenden und bezeichnenden Blick auf den Stummen, daß dessen Aufmerksamkeit erregt wurde.

Darauf richtete der Vredot, mit Strenge in Miß und Ton, die Frage an ihn: „Was hast Du denn begangen, Du schüt, daß Du hier bist?“

Der arme Teufel, in der Meinung, daß der Vredot seinen Namen wissen wollte, brach sein gewöhnliches Stillschweigen und antwortete mit seinem rauhen Resplante: „Quasimodo.“

Diese Antwort paßte so wenig auf die Frage, daß das tolle Gelächter von neuem begann. Der Vredot wurde rot und blau vor Zorn und schrie: „Willst Du auch mit mir Deinen Spaß treiben, Du Hund?“

„Glöckner an der Hebfrauentische“ antwortete Quasimodo, in der Meinung, daß der Richter wissen wollte, wer er sei.

„Glöckner!“ wiederholte der Vredot zornig. „Ich werde auf Deinem Hintel durch alle Straßen von Paris läuten lassen! Hörst Du, schüt?“

„Wenn Ihr mein Alter wissen wollt“, sagte Quasimodo, „ich werde glaube ich, auf den Sankt Martinstag amanzig Jahre alt.“

Das war zu viel für die Geduld des Vredot: „Sergeanten“, rief er vor Zorn außer sich, „führt mir diese“

Die Arbeitsnachweise wird anerkannt, ebenso die Schlichtungsstelle des Verbandes.

Diese Punkte enthalten im wesentlichen das, was schon nach dem Vertrage der 1905 mit den Innungen abgeschlossen wurde, gelten sollte, aber von den meisten Innungsmeistern nicht gehalten worden ist. Von den Meistern der Freien Vereinigung sind diese Bedingungen bisher schon imgehalten worden, auch ein partieller Arbeitsnachweis besteht für sie bereits.

Bezüglich des Hauptpunktes der Lohnbewegung, der einzigen neuen Forderung, nämlich der Gewährung eines freien Tages in der Woche, konnte mit der Freien Vereinigung eine Verständigung nicht erzielt werden. In der am 13. Mai abgehaltenen Sitzung des Einigungsamtes vertraten die Meister den Standpunkt, sie seien nicht in der Lage, den freien Tag zu bewilligen, ehe nicht die Nachtarbeit gänzlich abgeschafft ist. Sie könnten nur soweit zugestehen, daß den Gesellen, wenn sie mal ins Theater gehen wollen, bis 12 Uhr nachts Urlaub erteilt werden solle. Demgegenüber erklärten die Vertreter des Verbandes, daß sei gar kein Zugeständnis, denn dieser Brauch herrsche schon jetzt. An der Forderung des freien Tages müßten sie festhalten.

Das Einigungsamt sollte man am 14. Mai folgenden Schiedsgericht:

I. Die Parteien haben sich am 10. Mai 1907 vor dem Einigungsamt über ihre Vorschläge für einen neuen Tarifvertrag geeinigt — mit Ausnahme der Forderung der Stellen, einen wöchentlichen Ruhetag zu gewähren und mit Ausnahme der Bestimmung über die Dauer des zukünftigen Vertrages.

II. Bezüglich dieser beiden Punkte wird folgendes bestimmt: a) Es ist jedem bei Herstellung von Backwaren beschäftigten Arbeiter eine ununterbrochene 36stündige Ruhepause zu bewilligen, und zwar:

- 1. Jede Woche bei Betrieben mit 5 und mehr Gesellen bzw. Arbeitern;
2. Alle zwei Wochen bei Betrieben mit 3 bis 4 Gesellen bzw. Arbeitern;
3. Alle vier Wochen bei Betrieben mit 1 bis 2 Gesellen bzw. Arbeitern.

Wenn eine Firma mehrere Bäckereien besitzt, so sind bei der Feststellung der Ruhepausen in Gemäßheit der Bestimmungen zu a) 1, 2, 3, die sämtlichen bei Herstellung von Backwaren beschäftigten Personen zusammenzufassen.

Das Einigungsamt hat auf Antrag der Parteien den Zeitpunkt zu bestimmen, von welchem ab die Ruhepausen zu gewähren ist.

b) Diejenigen Bäckereimeister, welche der Tarifgemeinschaft beitreten, haben bis dem Gewerbegericht anzugeben, bzw. daselbst im Protokoll zu erklären:

a) Der neue Tarifvertrag soll mit dem 1. Juni 1907 in Kraft treten. Der Vertrag soll, falls er, wie vereinbart, geändert, mit dem 10. Mai 1910 ablaufen.

d) Für den Fall, daß in einzelnen Bäckereien günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, als in dem neu zu vereinbarenden Vertrage festgesetzt werden, bzw. in diesem Schiedsgericht vorgelegen sind, sollen diese günstigeren Bedingungen auch jenseitig Geltung behalten.

Nachmittags 2 Uhr an demselben Tage fand eine Versammlung der Vertrauensmänner des Verbandes statt, um zu dem Schiedsgericht Stellung zu nehmen. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß der Schiedsgericht hinsichtlich des freien Tages der Erörterungen der Arbeiter nicht entsprechen. Man konnte deshalb mit dem Schiedsgericht nicht einverstanden sein, denn ein freier Tag in jeder Woche wäre Ausnahme sei eine unerlässliche Forderung. Ein Teil der Meister trat für Ablehnung des Schiedsgerichtes ein, ein anderer Teil war für Annahme desselben. Man sagte sich, wenn man auch nicht zufrieden sei mit dem, was der Schiedsgericht bietet, so möge man ihn doch annehmen, um sich die Symphonie der öffentlichen Meinung zu erhalten. Aus diesem Grunde erklärte sich die Versammlung einstimmig für Annahme des Schiedsgerichtes.

Das Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes

Seine nach dem Diktier auf dem Grabeplatz, bricht ihn eine Stunde lang und hat ihn die Hand voll!

Der Geschäftsleiter brachte dieses Urteil allgütig zu Papier.

„Mein Vanda des Papstes“ rief ein Zuschauer aus keiner Zeit, der ist wohl gerichtet!

Der Geschäftsleiter richtete dem Freund des Urteil dar, nicht viele seiner Kameraden bei und erfernte sich dann, um seine Rede durch die Gerichte der Handhabung fortzusetzen. Unangenehm, der nun dem ganzen Saal nichts verstand, wozu verstand, aber ziemlich gleichgültig. Inzwischen, als Meister Jansen des Urteil durchsah, um es auch zu unterzeichnen, näherte sich der Geschäftsleiter, der Urteil mit dem armen Teufel hatte, keinen Lohn und keine Dicker Mensch in ihm!

Der Geschäftsleiter sagte, daß der beiden gemeinschaftlichen Geschäftsleiter Meister Jansen zusammen des Vertrauensmänner wurde. Aber einmal wollte Jansen nicht auch unterschreiben, und dann war kein Gelehr so hart, daß er nicht ein Wort von dem hörte, was der Geschäftsleiter zu ihm gesagt hatte. Er wollte sich jedoch, als ob er ihn vollkommen verstanden hätte und rief: Ah! Ah! Das ist ein anderes, das möchte ich nicht. Eine Stunde Strafe noch in diesen Falle!

Er unterzeichnete das als verbindliche Urteil. — — —

Dies Geschäftsleiterverwaltung, die zu Bergischen löst sich demnach gibt, zerlegt Nachher Dinge in das Jahr 1882. Im Oktober dem Jahre 1882“ und dann wieder die herbeiziehende Bestimmung des Urteils geschiedert. Ueberhaupt ist der Rest nach an Scherzreden aus dem Mitleid, daß die es jedoch nicht im modernen Verstand, sondern durch eine Überdosis, veranlaßt Handlung und durch Jansen zum Vorhinein gebildet werden. Der dem unterzeichneten Kameraden ist es, Jansen's Mühe haben. Er abwartete auf die Unparteiische Anerkennung in Jansen's Stunden, die von der Bergischen Verbands in Jansen's 10 J. Vertragsperiode wird. Verhandlungen über die Tarifverhandlungen, Kolonnen wie die Verhandlungen erregten.

Des Meisters Koch und Cook.

Der Herr Meisters, berichten von U. G. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

lagte kurz nach Schluß der Vertrauensmännerversammlung in Kellers Saal. Obgleich erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Freien Vereinigung und führte aus: Das Einigungsamt habe ja einen erheblichen Abstrich an der ursprünglichen Forderung gemacht, aber es dürfte doch nicht verkannt werden, daß die ablehnende Haltung der Meister auch nicht als berechtigt angesehen werden jet. Das Prinzip der Meister: den freien Tag erst nach Abschaffung der Nachtarbeit zu gewähren, sei durch den Spruch des Einigungsamtes durchbrochen. Es sei immerhin ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den jetzt bestehenden Verhältnissen. Der Meister empfahl die Annahme des Schiedsgerichtes und die Uebergebung desselben nebst den anderen mit der Freien Vereinigung getroffenen Vereinbarungen an die anderen Meister mit dem Ersuchen, diese Forderungen auch für ihre Betriebe zu bewilligen. Man müsse jedoch damit rechnen, daß selbst diese Forderungen nicht ohne weiteres von den Innungsmeistern anerkannt werden. Ohne harte Kämpfe werde die allgemeine Anerkennung der Forderungen nicht erreicht werden. — Bei Uebergebung der Forderungen sollen die Meister ersucht werden, bis zu einem bestimmten Termin, den die Verbandsleitung festsetzt, auf die Forderungen zu antworten.

Die rege Diskussion, an der auch der Verbandsvorsitzende Mann-Hamburg teilnahm, bewegte sich meist im Sinne des Referenten. Vereinzelt wurde für Ablehnung des Schiedsgerichtes und möglichst baldigen Eintritt in den Streit gesprochen. Demgegenüber bemerkten die Verbandsvertreter, es werde auch bei Annahme des Schiedsgerichtes zum Streit kommen, denn die Meister würden die Forderungen nicht ohne weiteres anerkennen. Wenn der Streit erklärt werden solle, das könne der Verbandsleitung überlassen bleiben, sie wisse schon, welches der günstigste Zeitpunkt ist. — Nach Schluß der Debatte wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung bedauert, daß bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt die Vertreter der Freien Vereinigung der Bäckereimeister durch ihr ungenügendes Eingegenkommen auf unsere berechtigten Forderungen das Einigungsamt zu einem Schiedsgericht gezwungen haben. Dieser Schiedsgericht befriedigt die Versammlung nicht, sondern sie hätte mehr Eingegenkommen erwartet. Nur als Abhilfsmittel auf unsere berechtigten Forderungen bezieht die Versammlung, den Schiedsgericht anzuerkennen und beauftragt die Verbandsleitung, jetzt allen Bäckerei-Inhabern in Berlin und Umgegend denselben als unsere Forderungen zu unterbreiten.

Streit im Lädenbäcker Konsumverein.

In Lädenbäcker befinden in der Bäckerei des sogenannten Konsumvereins recht vorzunehmliche Verhältnisse. So arbeitet der Bäckereimeister auf Prozente und erhält für jeden von ihm beschäftigten Gesellen von der Verwaltung des Vereins 1000 M. Gehaltszulage pro Jahr. Daß unter diesen Umständen von Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie in den Konsumvereinen bestehen sollen, keine Rede sein kann, ist sehr bezeichnend und deshalb verständlich, wenn unsere dort beschäftigten Kollegen energisch eine Abänderung verlangten. Wir setzten uns darauf mit der Verwaltung des Vereins in Verbindung und unterbreiteten derselben den Genossenschaftsstatut, ohne zunächst eine Antwort zu erhalten. Am 24. April wurde Kollege Götte bei dem Stadtschreiber Meißner (Verwaltungsmitglied), dem die Bäckerei unterstellt ist, vorstellig. Herr Meißner erklärte, daß an eine Beseitigung des Lohn- und Logiszwanges nicht gedacht werden könne. Am 1. Mai ging dann wiederum ein Schreiben ein, in welchem es hieß: „Nach Beschluß des Aufsichtsrates, sind Verhandlungen in dieser Sache abzulehnen!“

Als Kollege Götte am 2. Mai den Kollegen von dieser schroffen Antwort Kenntnis gab, erklärten dieselben, dann nicht mehr zur Arbeit gehen zu wollen. Das hatten sich die Herren von der Verwaltung nicht träumen lassen. Trotz der großen Bemühungen des Herrn Meißner, Erlaubnis zu erhalten, konnte ihm solches nicht gelingen. Mit einem 60jährigen Halbblinder wurstete der Bäckereimeister

Der Stüt spricht, der Nacht fault, Der Geißel schlägt, die Meistern — parben — sie mault: Ihr wüßt doch, daß Ihr nichts verbrennen sollt; Hört Ihr, wie der Meister grollt?

Der Stüt spricht: Morgen ist Feiertag! Verwünscht! Vom ganzen Kreisel ich nichts wissen mag; Denn ich werde von allen Seiten gefaselt; Dazu geschelten, geschunden gedöckert und geschult; Doch in 2 1/2 Jahren, dann erlöhnt mir der Freiheit Gold. Doch hört Ihr, wie der Meister grollt?

Der Nacht spricht: Morgen ist Feiertag! Was gibt's noch, — hört, was ich sag — Morgen jählich ist mir in Galt-Kluft Und jeht mit dem, mein Viechen, in Wald-Kluft. So, mein Viechen, bet hin ich hab. — Hört nur, wie der Alte grollt!

Der Geißel spricht: Morgen ist Feiertag! Ich weiß kein bei den Wangen unterm Tod: Denn wir Bäder wästen spät und früh — Nahen und Feiern gab es für uns noch nie, Und doch war langes Faltter und langes Ead; — Aber hört Ihr, wie der Meister grollt?

Der Meister's spricht: Morgen ist Feiertag! Da wohnt der Meister wieder engen Tisch, — Verbrennt ist alles und doch nur halb gar, — Und keiner ist zufrieden mit solcher Bar, — Deshalb kocht der Meister, so viel er nur kann; — Doch jetzt Ihr hört nicht den Stempelmann?

Ein Herr und ichen ihn wohl, den Stempelmann. — Der alles mit keinem Stempel stampelt an, Und fragt und Er. Ich verzieht er mit dem Maß, Und vergißt nicht nur der Tür des Türmchen. — Hier Trümmer verachtet durch einen Streich, Und morgen ist Feiertag.

Als Herr hat in die wacke Wackheit jäteten. Der Armer aber, der Schamlo, he hett bei überleben. — Das ist es, was hat, wenn man immer so wacker hofft, Das ist es ja: Arbeiter kommt er. — Wie aber ich mit nicht vor dem Abend den Tag. — Dann er hat, das war's Feiertag!

weiter. Am Abend des 3. Mai kam dann ein Flugblatt in einer Auflage von 6000 Exemplaren heraus, welches sich an die Einwohner- und Arbeiterklasse, ganz besonders aber an die Mitglieder des Vereins wandte und die in der Bäckerei herrschenden Verhältnisse einer Kritik unterzog.

Das wirkte. Am 5. Mai gab die Verwaltung kein bei. Mit Rücksicht darauf, daß der Verein zu der sogenannten Arbeiter-Richtung gehört, glaubte die Verwaltung, den Abschluß unseres Genossenschaftsstatutes nicht billiger zu können. Ganz erheblich sind die Arbeitslöhne, aufgebessert worden. Der Lohn beträgt für den ersten Gesellen 26 M., für die andern 25 M. pro Woche. 10stündige Arbeitszeit einschließlich einer Stunde Pause. Beseitigung des bisherigen bestehenden Lohn- und Logiszwanges beim Bäckereimeister, Beseitigung der Sonntagsarbeit und dergl. mehr.

Offentlich ist dieser Erfolg auf die nächste allgemeine Bewegung nicht ohne Einfluß.

Zur Lohnbewegung in Hannover.

An sämtliche Bäckereimeister hat jetzt der Vorstand unserer Mitgliedschaft eine Eingabe gerichtet, die den Bäckereimeistern die Durchführung der von der Bäckereiverwaltung versprochenen 10prozentigen Lohnsteigerung möglichst zu garantieren versuchen will. Die Eingabe nimmt zunächst Bezug auf dieses Versprechen der Meister und verweist dann auf die in der Bäckereimeisterversammlung am 8. Mai beschlossene Resolution, welche in Nr. 19 d. Bl. veröffentlicht wurde.

Den einzelnen Meistern ist in Ausfluß dieser Resolution ein Schein zur Unterschrift vorgelegt, in dem sie sich verpflichten, entweder 22 M. Mindestlohn bei Kost und Logis außer dem Hause oder bei Kost und Logis im Hause 10 Prozent Lohnzulage bei 9 M. Mindestlohn die Woche zu gewähren.

Dieses Vorgehen war durchaus notwendig, weil sich herausgestellt hat, daß die Meister die 10 Prozent Lohnzulage nur versprochen haben, um den Streit der Gesellen zu verhindern, daß sie aber nicht daran denken, ihre Zulage allgemein durchzuführen. Im Gegenteil, es wird uns mitgeteilt, daß die Meister sich sogar gegenseitig bei Konventionalstrafe verpflichtet haben, die Verpflichtung des ihnen vorgelegten Scheines nicht zu unterschreiben. Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß solche Konventionalstrafen, weil sie wider Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoßen, ungesetzlich sind. Im übrigen wollen wir, um allen etwaigen frivolen hinterlistigen Einseitigen etwelcher Meister vorzubeugen, bemerken, daß erforderlichenfalls diejenigen Meister bekannt gegeben werden, die lokal ihr Versprechen erfüllen und den genannten Schein unterschreiben. Das konsumierende Publikum, das ein Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des werktätigen Volkes, also auch der Bäckereigesellen hat, wird sicherlich nur bei diesen Bäckereimeistern ihren Bedarf an Backwaren beden. Wir werden abwarten, welchen Erfolg das in der nächsten Zeit haben wird, und werden dann erforderlichenfalls noch andere Maßregeln ergreifen. Haben die Meister nicht selbst soviel Anstandsgedühl, ihr feierlich gegebenes Versprechen den Gesellen gegenüber alsbald einzulösen, so werden sie vermutlich dazu gezwungen werden.

Die Lohnbewegung in Regensburg.

Scheint den Meistern nicht so recht in den Kram zu passen, was folgendes Antwortschreiben andeutet: Bäckereiverein (Zwangsinnung) Regensburg, Stadthof, Steinweg, Reinhäufen, Regensburg, 6. Mai 1907.

An Herrn Joh. Baptist Ottenbacher, Altgeselle. Nachstehend geben wir den in unsern Innungsversammlungen vom 1. und 6. Mai 1907 zunächst gefaßten Beschluß bekannt:

Die Bäder-Zwangsinnung ist nicht in der Lage, dem von den Vertretern der Bäckereigesellen dahier in Vorlage gebrachten neuen Tarif zu genehmigen.

Dieser ist jedoch bereit, in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag dann einzutreten, wenn derselbe auf einer annehmbaren Grundlage basiert.

Als solcher wird ein nach den bisherigen Klassen abgestufter Tarifvertrag erachtet, wobei jedoch ein Mindestlohn für den letzten Gehülften von 17.50 M. pro Woche nicht festzusetzen ist.

Hochachtung F. A.: Haber Dohner, 1. Vorsitzender.

Eine von allen (bis auf 10) Kollegen besuchte Versammlung nahm am 7. Mai hierzu Stellung. Kollege Gohner gab über die weiteren Schritte Aufklärung und hob hervor, daß noch nie die Situation so günstig war als jetzt, wo wir zu 95 Prozent organisiert seien und von nirgends etwas zu befürchten brauchten. Die Stimmung der anwesenden Kollegen zeigte dies auch, indem folgender Beschluß einstimmig gefaßt wurde:

Die heute von 150 Bäckereigesellen besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von der zum Teil ablehnenden Haltung der Herren Meister gegenüber der neuen Tarifvorlage. Sie können aber eine neue Vorlage nicht mehr ausarbeiten, sondern werden das Gewerbegericht vertragsgemäß ersuchen, Verhandlungen anzubahnen auf Grundlage des eingereichten Tarifes. Die Gehülften hoffen auf eine Verständigung und sehen im übrigen den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen.

Nach einer kurzen Ansprache, auch die vom Außenstehenden nach dem Verbands zuzuführen und sonstigen wichtigen Aufklärungen, wurde die begeisterte Versammlung geschlossen.

Die Lohnbewegung in Hensburg.

Die hiesigen Kollegen haben sich endlich auch aufgerafft, ihre Lage zu verbessern. Von den dort beschäftigten Kollegen (18) haben sich 12 dem Verbands angeschlossen. In zwei Versammlungen wurden folgende Forderungen beraten und beschlossen, dieselben der Innung einzureichen und beschließen, dieselben der Innung einzureichen: 12stündige Arbeitszeit, Auszahlung von Kost und Logis; Mindestlohn von 22 M. für letzte Gehülften, als Entgelt für Kost und Logis werden 12 M. Zuschlag zum bisherigen Lohn gefordert, Ueberstundenbezahlung mit 40 % und Gewährung von 4 Freinächten im Jahre. Die auf ihrem Geldbeutel hockenden, sich sonst um nichts kümmernden — Bauernbäcker — haben hinter den Forderungen der Gehülften sofort den verhassten Verband. Wie ein Fieber alles nach sich, so auch hier, die Meister gründeten sofort ebenfalls einen Verband (Innung) und wählten Herrn Metz zum Präses. Nachdem die Gehülften auf die eingereichten Forderungen keine Antwort erhielten und Zweifel herrschte, ob überhaupt Meister der neu abbede-

nen Innung des Schreibens fähig seien wurde Kollege Hummel persönlich beim Präses vorstellig. Interessant war diese Auseinandersetzung. Der Präses meinte, er selber habe erst mit'nander rede wolle, man red' sogar mit — Ossen, aber die anderen hätten gesagt, wenn wir erst verhandeln, dann sind wir doch die Dumme, und werde über's Ohr gehau. Auch vor dem Gewerbegericht erklärte sich der Präses nicht zum Verhandeln bereit, es sei beschlossen, wenn's nicht geht, braucht nicht zu bleiben, damit fertig! Die Gefäßensammlung war auf diese Antwort gefaßt und erklärte die Kollegen fast durchweg: mit den Bauern ist nicht viel zu machen. In Anbetracht der zur Zeit großen Arbeitslosigkeit in Frankfurt a. M. und ferner, da einige Meister den Gehältern die Kost ausbezahlen, einige den Gehältern 1. Lohnhöhung geben, wurde vorläufig von weiteren Schritten Abstand genommen. Scharf verurteilt wurde das Verhalten der Kollegen bei Herrn Wiland, der sich bereit erklärte, die Kost den Gehältern ausbezahlen. Die Gehältern (zugereichte Cesterreicher) wollen dies aber nicht annehmen. Unsere Mitglieder gelobten weiter zu agitieren, bis alle Kollegen im Verband sind, um dann den Herren zum Bauernlang aufzuspielen.

Zur Lohnbewegung in Bremen.

Am 2. Mai waren die Innungsvorstände mit den Gefellenausschuhmittelliefern zusammengekommen, um den Frieden wieder herzustellen, oder richtiger, die Meister wollten gern den Boykott beseitigt wissen, dem Zustände machten die Meister überhaupt nicht, vielmehr verlangten sie den alten Tarif auf die kurze Zeit von drei Jahren abgeschlossen. Am 5. Mai beschäftigte sich dann eine Gefellensversammlung mit dem Angebot der Innungen. Angenommen wurde eine Resolution, worin es heißt, daß nur ein Tarif angenommen würde, wodurch Kost und Logis im Hause des Meisters beseitigt würde. Nur auf direkten Wunsch der Gefellen darf Kost und Logis im Hause des Meisters gewährt werden. Die Resolution wurde den Herren Obermeistern überbracht, doch ist bis dato noch keine Antwort von den Innungen eingegangen. Herr Obermeister Müller hat sogar noch in Unwissenheit der Gefellenausschuhmittelliefern die Resolution in den Papierkorb wandern lassen. In Hemelingen jedoch, einem Vorort von Bremen, ist mit der dortigen Innung (weil hannoversches Gebiet, gehören die Hemelinger Meister nicht zur Bremer Zwangsinnung) folgender Tarif abgeschlossen, von dem wir kurz die wichtigsten Punkte erwähnen wollen: 1. Kost und Logis darf den Gefellen im Hause des Meisters nicht mehr gewährt werden, dafür wird zum Lohn ein Aufschlag von 12 M pro Woche gezahlt; der Mindestlohn beträgt 22 M pro Woche; auf Wunsch der Gefellen darf Kost und Logis im Hause des Meisters beibehalten werden; 2. die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige; 3. Ueberstunden werden mit 40 S pro Mann und Stunde bezahlt; 4. für Aushilfe werden 4 M Mindestlohn pro Tag bezahlt; 5. an den Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten 8 Stunden ununterbrochene Ruhezeit; 6. Lohnzahlung am Schluß jeder Woche; 7. für Grobbäder sechs Schichten wöchentlich; 8. Ankleideraum und Waschlagelegenheit müssen vorhanden sein; 9. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Obiger Tarif tritt mit dem 10. Mai 1907 in Kraft und läuft bis zum 1. April 1909. Falls er drei Monate vor Ablauf dieser Frist nicht gelündigt ist, läuft er ein weiteres Jahr. (Folgen die Nachschreibungen.) Die Bremer Innungsproben wüthen in der bisherigen scharfmacherischen Weise weiter. Jetzt soll nun der Verband noch in diesem Jahre zum Sterben gebracht und die gelbe Gefellenschaft wieder auf die Beine gebracht werden. Ein Streikender darf nicht eingestellt werden und wo dennoch solche in Arbeit kommen, da werden die Meister wieder gezwungen, sie zu entlassen. Die Paß der Arbeitslosen ist trotzdem aber schon merklich anhammelschrumpft. In mehreren Bäckereien sind die Streikbrecher schon an die Luft gesetzt worden, weil sie nur Wfuscher in ihrem Gewerbe waren, und Verschiedene werden in nächster Zeit den verdienten Fußtritt erhalten. Die Mehrzahl der Bremer Bäckermeister wird jedoch das nächste Mal den Gefellen etwas mehr Entgegenkommen zeigen, so viel dürfte ihnen der diesjährige Streik beigebracht haben.

Aus unserem Bernfe.

In der Bäckerinnungsversammlung zu Magdeburg wurde der Antrag der Welken auf Einsetzung einer Schlichtungskommission für alle engeren Angelegenheiten zwischen Meistern und Gefellen, insonderheit bei drohenden Streiks, nach engerer Begründung und längerer Aussprache angenommen. Diese Streikbrechergesellschaft arbeitet schon daran, im Fall eines Streiks in Berlin nach dort die nützlichen Elemente zu dirigieren. Unsere Mitglieder mögen auf dem Posten sein und diesen Rastermischen einen Strich durch die Rechnung machen. Dann wurde beschlossen, die Leimruten in mehr Exemplaren zu beziehen, da die bis jetzt bezogenen 125 Exemplare nicht genügt hätten, unseren Gefellen wahrhafte Aufklärungen über die Ausführungen des Verbandsblattes, mit Auforderung in Nr. 12 deselben: „Wir eruchen die Mitglieder, diese Nummer unfern ausgeleiterten Kollegen und den Lehrlingen zu überreichen!“ zu geben. Wir glauben gern, daß die Lehrlingsnummer unserer Zeitung den Magdeburger Lehrlingsausübenern recht schwer im Magen liegt. Aber auch mit Hülfe der Welken werden sie uns nicht daran hindern, die Lehrlinge über die Mächenschaften aufzuklären, wie sie auch in der Innungsversammlung zur Sprache kamen. So hatte beispielsweise ein Kollege eine Annonce auf Lehrlingsgang erlassen: „Suche Lehrling für Bäckerei und Conditorei. Drei Jahre Lehrzeit, alles frei. 100 M nach beendeter Lehrzeit.“ Die Versammlung drückte ihr tiefes Bedauern und Mißbilligung gegen den ermittelten Kollegen aus. — Lehrlingsgang! Wahrlich die richtige Bezeichnung für solch berüchtigten Schacher um junge willige Arbeitskraft, die man noch Verzenslust ausbeuten kann. Warum aber die Entrüstung? Es ist doch Tatsache, daß Magdeburg eine der berühmtesten Städte bezüglich der Lehrlingsausbeutung im Bäckergewerbe ist. Ob die ollen „erlichten“ Künstler nun das billige Menschenfleisch durch die Zeitung oder Agenten beziehen, das bleibt sich völlig schnuppe. Wie mancher der Herren, die dort ihre Mißbilligung über den einen Bäckermeister ausgedrückt haben, treiben den Lehrlingsgang vielleicht noch in viel raffinierterer Art und Weise. Was soll also das Gefasel? Bekämpf

das System! Und sonst schreie man nicht wie der bekannte Spitzhube: „Dasset den Dieb!“ Damit lockt man keinen Hund mehr hinter dem Ofen weg. Wir empfehlen im übrigen der Innung, noch viel mehr Exemplare der Leimruten anzuschaffen, um damit, nach dem Rezept des Leimrutenonkels, das Ungeziefer aus den Schlafstuben der Gefellen zu bannen. Notwendig ist es! Auf wessen Veranlassung der Verfasser einer Bäckermeisterstimme, die Versicherungen an ein von Sozialdemokraten beherrschtes Lokal hat, in der Versammlung versichern mußte, nicht dem Verbanne anzugehören, noch je angehört zu haben; er würde bei solchem Zwange auf seine Stelle und die Witwe wiederum auf die Versicherung verzichten? Terrorismus kann man doch Bäckermeistern nicht zutrauen, die den „Terrorismus“ der Arbeiter und der Konsumenten so scharf bekämpfen. Vielleicht erhalten wir später noch Aufklärung?

Eine außerordentlich freudige Uebertragung ist unserer Mitgliedschaft Hannover dadurch zuteil geworden, daß sie von einem lieben alten Bekannten, den die Mitgliedschaft von 1 1/2 Jahren mit einem Austrage an den Magistrat schied und der bisher völlig verschollen war, durch Vermittlung des Regierungspräsidenten plötzlich wieder einmal etwas hörte. Am 2. Oktober 1905 — wohl gemerkt 1905 — richtete nämlich der Bäckerverband an den Magistrat eine Eingabe, in der um Erlaß einer Verfügung ersucht wurde, welche die Beschäftigung der Gefellen, Lehrlinge usw. an den drei ersten Festtagen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) untersagt. Mit einer außerordentlichen Szigigkeit ist jetzt, nach 1 1/2 Jahren schon, vom Regierungspräsidenten folgende Antwort eingegangen: „Auf die an den hiesigen Magistrat gerichtete Eingabe vom 2. Oktober 1905.

Auf meine Veranlassung haben sowohl bei dem Bäckeramt hieselbst wie auch bei der Konditorinnung wiederholt Generalversammlungen stattgefunden, um über die Frage des Verbots einer Beschäftigung von Angestellten im Bäder- und Conditorgewerbe von 8 Uhr morgens des ersten bis 10 Uhr abends des zweiten Festtages der drei hohen Feste, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, zu beschließen.

In beiden Innungen hat ein solches Verbot nicht den Beifall der Versammlung gefunden; es wurde beschlossen, die Zustimmung unter anderem von der Bedingung abhängig zu machen, daß das Bäderbot auch auf den Bäder- und Conditoreibetrieb in den Gastwirtschaften ausgedehnt werde. Da aber nun ein solches Verbot meinerseits nur gemäß § 41 b Gewerbe-Ordnung, also nur für das Geltungsgebiet des § 105 b a. a. D. erlassen werden kann, und letzterer auf Gastwirtschaften nach § 105 i a. a. D. keine Anwendung findet, das Verbot demnach nur für andere selbständige Betriebe des Bäckerei-pp. Gewerbes zulässig, und es Sache des Richters ist, im einzelnen Uebertretungsfälle zu entscheiden, ob eine Hotelbäckerei pp. nur einen Teil des Gastwirtschaftsbetriebes oder ein selbständiges gewerbliches Unternehmen darstellt, so bin ich zu meinem Bedauern außerstande, dem Wunsche der Ortsgruppe nach Erweiterung der Sonntagstrafe an den drei hohen Festen für die im Bäder- und Conditorgewerbe beschäftigten Angestellten Erfüllung zu verschaffen.

Es muß für die Bäckermeister und die Regierung eine schwere Geort gewesen sein, daß man 1 1/2 Jahre dazu gebraucht hat, um diese Ablehnung zutage zu fördern. Ober aber im Regierungspräsidium will man auf Urlaub und ist nun dabei, schnell noch die Schreibtische auszuräumen und alte Meister aufzuarbeiten, wobei man ganz unvermutet noch einige vergessene Akten gefunden hat. 1 1/2 Jahre ist sonst für die Beantwortung eines Schreibens etwas reichlich. Unsere Kollegen werden schon erhoft, wenn sie einmal einige Tage auf Antwort warten müssen. Hoffentlich stimmt sie das Schulbeispiel regierungspräsidentaler Antwort „mit umgewendeter Post“ in Zukunft zur Weile. Nun heißt es zwar: „Was lange währt, wird gut“, was hier mit nichts der Fall ist.

Was die Sache selbst angeht, so sind wir der Meinung, daß an dem Einwande der Innungen, die Verordnung auch auf die Bäckereibetriebe der Hotels zu erweitern, was, wie ja auch in der Antwort gesagt wird, garnicht möglich ist, die ganze Sache nicht zu scheitern braucht. Einen Verlust haben die Innungsmeister dadurch überhaupt nicht, denn die Hotels, die eigene Bäckerei haben, baden sich ihren Bedarf doch jetzt auch schon, an sie liefert doch kein Bäcker oder Conditior. Und sobald die Hotels für andere als ihren eigenen Bedarf Ware baden würden, machten sie sich strafbar. Den Gefellen ist also die Wohlthat einer Freinacht resp. dreier Freinächte im Jahre wieder einmal lebendig durch den ganz ungerechtfertigten Konkurrenzneid der Innungsmeister bereitet worden; und die Behörden helfen ihnen bei dieser rückständigen Sozialpolitik. Mögen die Gefellen daraus die Lehre ziehen, daß es nötig ist, sich geschloffen zu organisieren, um sich dann das bisherige soziale Recht, das ihnen heute das Unternehmertum im Grunde mit der Regierung absichtlich grundlos vorenthält, zu erkämpfen.

Eine „Musterbäckerei“. Dem Organ der Freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend: „Die deutliche Bäckerei“ wurde folgendes berichtet: „Am 17. April d. J. kam ich auf meinem Wege in Pantow-Berlin durch die Schönholzerstraße. An dem Hause Nr. 7 hing ein Plakat: „Diese Bäckerei ist zu vermieten“. Die Reugier und auch weil ich eine Bäckerei suche, trieb mich, daß ich Nachfrage hielt. Das Dienstmädchen vom Wirt zeigte mir die Räume. Ich fand eine Bäckerei, wie ich eine solche mein Lebtag nie zu sehen bekommen habe. Die Bäckereiräume würden noch angehen, wenn dieselben nur zu Backzwecken vorhanden wären, aber in diesem Raum soll Holzsteker, Mehlsieben, Vorratsteller und Backhaus sich vereinigen. Fuhsboden Zementquart, daran stößt der Laden, welcher im Keller gleich neben dem Backhaus liegt. Es waren gerade Maurer darin. Der bisherige Fuhsboden schien mir Zementsticht zu sein. Bei Nachfrage nach der dazu gehörigen Wohnung wurde mir ein Loch gezeigt, bestehend aus kauter Winteln und ein Geruch nach Moder. Dann war noch ein Raum, der eine Kochmaschine mit weißen Kocheln auswies, ich meinte, es wäre die Pfannkuchenmaschine, das Mädchen lachte und meinte, das wäre die Kochmaschine und der Raum ist die Küche, ich war sprachlos. Es ist aber doch kein altes Haus, worin die Bäckerei liegt. Für die Bäckerei ist es nur schade, daß die Bäckereiverordnung noch nicht in Kraft ist. Solche Bäckereien müssen von Polizei wegen verboten werden, ohne nur eine Entschädigung dafür zu erhalten. Der Erlauer müßte sogar in Strafe genommen werden.“

Sache aller Nachblätter ist es immer und immer wieder, darauf hinzuweisen, daß solche Räume den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Weil aber die Bäckerei zu vermieten ist, können Kollegen sich, wenn sie

spazieren geben, ein Vergnügen verschaffen und die Bäckerei besichtigen.

Auch die Arbeitnehmerzeitungen sollten vor Pachtung solcher Buben warnen, daß nicht junge Anfänger hineinfallen. Hier ist es Pflicht der Innungen, wenn eine solche Bäckerei vermietet ist und betrieben wird, unachtsamlich zu revidieren.“

Der Appell an die Innungen wird keinen Erfolg haben. Diese geplagten Herren sind berart von ihrem „edlen“ Streben, die Gefellen daran zu hindern, für sich ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu erringen, in Anspruch genommen, daß solch kleinliche Angelegenheiten sie wirklich nicht rühren können.

Einer Verächtlichmachung der Fleischtöpfe unserer Meister sieht es ähnlich, wenn man den Bericht der Militärerkassungskommission liest. Vor Jahren langierten Münchener Meister eine Notiz in ein Repolierblatt, dahingehend, daß früher die Bäcker so blühende fröhliche Menschen waren, aber seitdem die Kost beim Meister befestigt ist, sieht man nur blasse, bogere Gestalten von Bäckergefallen, welche sogar so weit sind, daß sie halb auch keine Hufe mehr haben zum Anziehen. In obigem Bericht wird das Gegenteil von dem behauptet, daß ansbrüchlich festgestellt ist, daß die Bäcker das größte Kontingent von Militärtauglichen stellen. Um wie viel sich diese Verhältnisse noch verbessern, wenn die Bäcker auch bessere Wohnungen haben, wird die spätere Zeit lehren. Also wieder ein Grund gegen die Abschaffung der Kost beim Meister weniger. Deshalb fort mit diesem Dienstbotenverhältnis.

Ein trauriges Bild von Bäckereimischständen zeigen uns die beiden folgenden Bäckereibetriebe. Der ehrsame Obermeister Josef Blagel in Rybnik D. S. ist ein strikter Gegner der Ordnung und des Bäckereiarbeiterchuhes. So zeigte er sich bei einer Revision, die der Herr Gewerbeinspektor von Ratibor bei ihm vornehmen wollte, sehr widerspenstig und wollte denselben gar nicht in die Backstube hineinlassen. Nur unter Hinzuziehung des Polizeikommissars war es dem Herrn Gewerbeinspektor möglich, die Revision vorzunehmen. Der Herr Obermeister aber mußte seine Widerspenstigkeit mit einer kleinen Geldstrafe von 10 M bezahlen. Zum Protokoll dient ein gewöhnlicher Breiterwagen. Eines Tages wurde auf letzterem Dünger auf's Feld gefahren. Gleich darauf, ohne den Wagen einer Reinigung zu unterziehen, wurde frisches Brot darauf geladen und der Kundschaft zugefahren. Wohl belomm's! Weiter finden wir, daß in der Bäckerei von Pawlid, Ruda D. S., berartige Mißstände vorhanden sind, die jeder Beschreibung hopen. Die Schlafstube gleicht eher einem Schweinestalle. Das Bett mit dem zerrissenen Strohhack wird überhaupt nicht gemacht. Stuhl, Tisch und Schrank fehlen. Die Backstube ohne Fenster muß den ganzen Tag mit einer Petroleumlampe erhellt werden. Dieser ordnungsliebende Meister schmirt jeden Tag die Messer und die Teilscheibe der Teigteilmaschine mit Petroleum ein. Der königl. Staatsanwaltschaft, der diese Schweinerei zur Anzeige gebracht wurde, behandelte der Sachverständige, die Maschine sei zwar mit Petroleum eingerieben worden, dies diene aber lediglich nur zum Zweck der Reinigung. Was heutzutage nicht alles zum Zwecke der Reinigung dient. So werden wohl in nächster Zeit unsere Herren Meister, gestützt auf die Behauptung des Sachverständigen, Mele und Kapflichensformen „zum Zweck der Reinigung“ mit Petroleum einschmierern und selbige hierauf wieder zum Kuchen- und Tortenbacken verwenden. — Hätte die Reinigung der Maschine nur der Geielle vorgenommen, gleich hätte man ihn vor's Gericht geladen, wenn es aber der „Herr Meister“ selber tut, so ist es „eine Sache“. Es ist sehr notwendig, das Publikum von den „Sauereien“ im Bäckereibetriebe zu überzeugen, damit es für sein Geld keine Dörchen mit Petroleumgeschmack zum Frühstück kauft. Den Kollegen aber können wir nur zurufen: ans Tageslicht mit den Uebelständen bei unseren Krankern, damit die nötigen Wege zur Beseitigung der Mißstände eingeschlagen werden können. Dies gelingt nur, wenn wir uns einig dem deutlichen Bäckerverbände anschließen.

Machen. Ein in Raden-Sort wohnender Bäckermeister hatte die widerliche Gewohnheit, beim Sieden des zum Baden der Pfannkuchen nötigen Oels oder Fettes in letzteres hineinzuwippen, um dadurch zu prüfen, ob es den zum Baden nötigen Siedegrad habe. Durch die Anzeige eines Bäckergesellen kam das ekelhafte Verfahren zur Kenntnis der Behörde, worauf der Bäckermeister wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes unter Anklage gestellt wurde. Der Meister gab zu, die Prüfung der Siedehitze durch Spucken ins Fett vorgenommen zu haben, jedoch habe er sich nichts Schlimmes dabei gedacht, indem dieses Verfahren bei den Bäckern allgemein gebräuchlich (?) sei. Der als Sachverständiger vernommene Geheimrezeptionsrat Dr. Baum gab sein Gutachten dahin ab, daß durch die Siedehitze des Fettes der größte Teil der durch das Spucken in den Kessel geratenden Bakterien zwar getötet sein mögen, trotzdem sei aber kein Dunst im höchsten Grade ekelstregend, und ein derart hergestelltes Gebäck müsse als verdorben im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes bezeichnet werden. Das Gericht erkannte daraufhin wegen Nahrungsmittelverschmutzung und Inverkehrbringen verdorbener Nahrungsmittel auf eine Geldstrafe von 100 M eventuell 20 Tage Gefängnis. Außerdem hat der Bäckermeister sämtliche Kosten des Verfahrens zu tragen. Ferner wurde die Urteilspublication in den hiesigen Zeitungen angeordnet. Der Anwalt hatte einen Roman Gefängnis beantragt. Der laubere Patron heißt Johann Hoffmann und ist nun der dritte im Bunde mit Vershoben-Göln und Heber-Vonn, die in ungewöhnlich kurzer Aufeinanderfolge unsere Wappe von gerichtlich erharteten „Backstubegeheimnissen“ bereicherten. Die Hauptmacher im germanitischen Zweigverband „Rheinland“, Rappmann, Mehren und Konforter, würden tatsächlich dem Ansehen unseres Gewerbes mehr nützen, wenn sie, anstatt Agitationsreden für den Scharfmacherverband zu schwingen, ihren Erarbeiteten Vorlesungen über die notwendige Keiligkeit im Bäckereibetriebe hielten.

Das Rälbererorgan und die Berliner Lohnbewegung. Rälberer faselt: „Die streikwilligen sozialdemokratischen Gefellensführer haben eingeschlagen, daß der Arbeitgeberverband für das Bäckergewerbe jetzt schon in Zeiten der Gefahr den Berliner Bäckermeistern einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt gewährt, weswegen sie alle Mittel in Bewegung setzen, um auf irgend einem Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. In diesem Zwecke hat man den Oberbürgermeister Kirchner von Berlin um seine Vermittlung angegangen, ein Beginnen das nicht der Berechnung entbehrt. In Berlin ist nämlich die Städte-

Verhaltung genau so, wie vielfach anderwärts, eine sogenannte "rabiale" zu nennen. Die leitenden Männer haben hier wie dort ihr Amt dem "Volke" zu verdanken und müssen deshalb, des Selbsterhaltungstriebes wegen, strengstens bestrebt sein, es mit ihren Wählern ja nicht zu verderben, mag auch das Portemonnaie der wirklich freudenspendenden Bürger und der letzteren Geduld auf die härteste Probe gestellt werden. Unter solchen Umständen dürfte die Leiter der Lohnbewegung hoffen, der Berliner Oberbürgermeister werde die dortigen Forderungen kurzerhand zum Nachgeben und Bewilligen aller unerfüllbaren Forderungen zu zwingen suchen. Das die "Hünstler" ihren Geisler aussprechen würden über diejenigen, welche wirklich bestrebt sind, einen Kampf im Berliner Vädergewerbe zu vermeiden, war vorauszusehen. Rälherer war es vorbehalten, als erster den Forderungen zu eröffnen, um der Leidenschaft den "noblen" Charakter der Vädernmeister vor Augen zu führen. Wir sind es schon gewöhnt, daß diese Leute, welche jedes idealen Strebens bar sind, die alle ihre Handlungen danach einrichten, ob auch der nötige Profit dabei heraussprünge, ihre Sudeleien bei jeder Gelegenheit über uns ergießen. Jetzt greift man auch den Berliner Oberbürgermeister in der schamlosesten Weise an und unterzieht ihn unedle Motive, welche ihn dazu verleitet haben sollen, eine Verhinderung des Kampfes zu versuchen. Ja, ja, die Rälherer und Konsorten tun eben nichts ohne Rücksicht auf materiellen Gewinn und deshalb trauen sie keinem Menschen edle Regungen zu. Es kann niemand aus seiner Haut! Und Rälherer hat keine Ideale, aber einen Pöppel!

Ueber Ordnung und Sauberkeit in Vädereibetrieben schreibt die "Sünderische Vädereizeitung": "In einer Reihe von Tagesblättern erscheint zurzeit eine Mitteilung über den Prozeß gegen einen Vädernmeister in F. Derselbe ist dort wegen einer, man sollte glauben unmöglichen Schmutzerei zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Mann hat, um die Siebheise des Backfettes für Hwanzluchen zu erproben, in dasselbe Hinzugegeben. Wenn der Betreffende nicht selbst vor Gericht ausgesetzt hätte, dieses Verfahren sei bei den Vädern allgemein üblich, so könnte man versucht sein zu glauben, eine solche Anschuldigung sei nicht möglich, und wäre nur der Denunziationswut eines Angestellten entsprungen. Nach der Aussage dieses sauberen Standesgenossen jedoch muß man annehmen, daß es noch mehrere solcher appetitlichen Kollegen unter uns gibt, und ist es nur schade, daß dieselben nicht ebenfalls, mit der Bezugsheise, der breiten Öffentlichkeit bekannt gegeben werden können. Die kleine Geldstrafe wird der Betreffende schon tragen, denn diese ist nicht der Rede wert. Hoffentlich wird ihm aber auch das weitere Vorkommen in F. von ihm gemieden werden. Den meisten Schaden jedoch erleidet das gesamte Gewerbe, welches durch solche Schmutzereien in Mißkredit gebracht wird. Es werden doch wahrlich von roten Agitatoren Schmutzgeschichten aus den Vädereien genug aufgetischt und finden auch meist Glauben beim Publikum. Es wäre also völlig unnötig, daß Vädernmeister vom Schläge des Bezugsheises noch vor Gericht behandelte, unedlere Denunziationen in den Vädereien seien an der Tagesordnung. Ehrlich weiß ich aber solche Sachen hinwegzusehen, halte ich für verächtlich. Sollten wirklich mehrere Kollegen im Vädergewerbe verhandelt sein, die in Bezug auf Sauberkeit in den Vädereien nicht ein ganz reinen Schwitzen haben, so ist es bei unabweisbarer Pflicht derselben, hierin unbedinglich Wandel zu schaffen. Meister so gut wie Gesellen und Lehrlinge dürfen sich in Bezug auf Reinlichkeit gegenständig nicht das geringste nachsichtigen haben. Nach meiner Ansicht würde es am besten sein, wenn von jeder der Vädereien etwas mehr an die Vädernschaft geachtet und es zu mal eine Kommission der Vädereien zusammengesetzt würde. Es würde dieses sehr ergebnisreich wirken. Die Herren Gesellen, die ja in den meisten Fällen die Denunziationen sind und von Unsauberkeit in den Vädereien nicht genug Material der roten Presse überbringen können, stellen sich hierdurch ja nicht das beste Zeugnis aus, denn sie sind ja doch an erster Stelle dafür da, Ordnung und Sauberkeit in den Vädereien zu pflegen."

Der Sünderische Parteivorstand kann mir nachsagen, daß es ihr lieber gewesen wäre, der schmutzigen Schmutzheise hätte die delikate Schmutzerei abgeblieben. Er wäre das ein gewandtes Geschick für die schmutzige Art gewesen, ihren Geisler über die Denunziationen der Angestellten zu spritzen. Das mag ihr auch noch von einem leibhaftigen Vädernmeister gerichtlich konstatiert werden, daß solche Schmutzereien bei den Standesgenossen allgemein üblich ist. Trane Alle! Sie erhebt auf ihre alten Tage keine Forderung mehr an den Fäden. In Zukunft wird die Beschäftigte ihre lobbare Zeit wohl etwas der Erziehung widmen müssen, damit endlich die Feindschaft eines Schmutzer beherrscht, was eigentlich zur Ordnung und Sauberkeit gehört. Mit dem edlen Gefühl gegen den roten Agitatoren hat sie keinen Grund mehr hinter dem Rücken zu verbergen. Schreie sind sie fertig alle anderen Elemente aus der Vädernschaft aus Kopf des Volkes verdrängen und dem kühnen Schwitzen Publikum zur Verdrängung entgegen.

Ueber die vorgeschlagene Urabstimmung über den Fortbestand unserer Hamburger Vädernschaft schreibt die Arbeiterzeitung folgendes: "Die beiden Abteilungen sind heute lehrreich. Kräftig ist eine Meinungsänderung in der Arbeiterzeitung als Grund für die Annahme des Fortbestandes, sondern in der ersten Veranlassung als Ergebnis der Parteistimmung der Vädernschaft. Erklärungsversuche sind schon ein paar Mal gemacht worden, darunter Veranlassungen verhängen, um zu vermeiden, zumal in demselben die jüngeren Vädernschaftler Elemente zu überzeugen. Das mag auch eine Sache von persönlicher Beziehung sein und hat dem erwählten Urteil ihrer Kollegen ein gegen die Annahme des Fortbestandes gesichert haben. Ein unabweisbarer Beweis hierzu ist die Tatsache, daß bei der Urabstimmung die erste Entscheidung gegen, trotz der sehr großen Mehrheit, mit 25 Stimmen, die 68 Stimmen aus der ersten Abteilung gegen den Fortbestand. Die Gesamtzahl der Stimmen ist aber 93. Das ist die Form der gemeinsamen Urabstimmung ein. Wir haben die Vädernschaft nicht nur, die die Vädernschaft bei der Urabstimmung, in dem über den Fortbestand der Vädernschaft ein Urteil abgegeben wird, allgemein anzunehmen. Die Urabstimmung wurde aber ein gemeinsames Bild von der herrschen-

den Stimmung in der Arbeiterzeitung geben, die ruhigeren gemäßigteren Elemente besser zur Geltung kommen. Die Geisler, Agitatoren und jugendlichen Schreier ausgeschlossen und ein unheilvoller Terrorismus verhindert werden. Mancher Lohnkampf ließe sich auf diese Weise vermeiden."

Die Einigung der Arbeitgeberzeitung, daß die Arbeiterverbände bei Lohnbewegungen die geheime Abstimmung vornehmen sollten, kommt etwas spät, denn diese Abstimmung wird bei solchen Fragen überhaupt nur angewandt. In der betreffenden Versammlung wurde auch per Stimmzettel über den Tarif abgestimmt. Also die Angst vor persönlicher Belästigung besteht in den Arbeiterverbänden nicht. In den Kreisen der Arbeitgeberverbände ist die persönliche Belästigung an der Tagesordnung. Wenn dort Arbeitgeber mit ihren Arbeitern in Frieden leben wollen und deren gerechten Forderungen bewilligen, dann werden sie nicht selten in solch gemeiner Art von ihren Herren Kollegen behandelt, wie es ein Arbeiter gegen seinen Kollegen nicht vornehmen dürfte, ohne mit dem Strafrichter Bekanntschaft machen zu müssen. Also dort sind die "weißen" Lehren der Arbeitgeberzeitung angebracht.

Gelbe Kongresse. Dem Erfolge der gelben Verbrüderung in Württemberg konnten die badischen Forderungen nicht länger widerstehen. Jetzt haben auch sie ihr gelbes Marionettentheater und die hierzu nötigen Arrangements gefunden in den Personen Karl Wezel, Vorsitzender des Vädernvereins, Bernhard Frey, Vorsitzender des Vädernvereins "Einigkeit" und Gottlob Ackermann, Vorsitzender des Vädernvereins "Frohmann". Wenn außer genannten Korporationen in Karlsruhe noch Vereine und Klubs vorhanden wären, so hätten sie sicher auch "mitgetan" zur Rettung des ehrlichen Vädernhandwerks im "Rustland". Vor Jahresfrist hatten die drei Einberuher des gelben Kongresses noch etwas Charakterstärke in sich gespürt und wählten der Konkurrenz der badischen Vädernvereine, einberufen vom Gewerkschaftsamt unserer Organisation, bei. Es wurde dort einstimmig eine Petition an die badische Regierung zur Erlangung der drei Freinachte angenommen. Das ist auch dem badischen Vädernmeisterverband nicht entgangen und Himmel und Hölle wurde in Bewegung gesetzt, um die Zufriedenen von den rüddigen Schafen zu sondern. Die gestellten Vertreter fanden sich in der Gestalt der obigen Geistesgrößen. Das Dreigestirn erhob sich auf Geheiß ihrer "Herren" zum Kampfe gegen ihre Interessen. Wenn das Vorkommnis nicht so ungemein traurig wäre, dann könnte man über die Vernunftigkeit der "edlen" Drei in einem Nachtrampf verfallen. Schon der in der Gelben- und Meisterpresse erschienene Aufruf ist das selbe rüddigste alberne Geistesprodukt wie ihrer Kollegen in Nachbarlande Württemberg, ja noch mehr, der Aufruf ist derselbe wie der von den "sieben Schwaben". Also nicht einmal fähig zum Denken sind die gelben Rotabore; sie entnehmen sich kurzer Hand die Stümperei ihrer meistretreuen Brüder vom Schwabenlande. Was mag da erst alles auf dem Kongress zusammengekratzt werden, wenn sich die Führer schon auf dem schmerzlichen Gebiet ihrer Erfindungsarbeit angestrichelt benommen haben. Vielmehr erzählt Gottlob, daß er auch schon im Verbands längere Zeit war und keine Unterstützung erhielt, weil er das Beitragszahlen immer vergessen hat oder wird darüber eine eingehende Debatte eröffnet, wie in der "Einigkeit" die Mitglieder mit "schönen Worten" zur Aktion gebracht werden. Fraglich ist jedoch, ob außer den Karlsruher Vereinstreibern auch die von den übrigen Städten dieses Humbly mitmachen. Sie würden Selbstmord begehen, wenn sie den Verräter in die Falle laufen wollten. So weit wir orientiert sind, wollen die "Einigkeit" und der "Frohmann" sich haben anschaffen, und um sich die nötigen Finanzen zu erhalten, ziehen die Einberuher vor dem gemeintem Verrat nicht zurück. Noch feiner soll die Gehänselung in das Schandenloch gekauert werden, noch elender und trauriger soll es uns ergehen. Um das zu erreichen, wird Charakterlosigkeit und Feigheit zur "edlen" Tugend erhoben, welche die Gehänselung als Schmutzerei und Geizhals der unersättlichen Ausbeutungswut des Unternehmers überleben soll. Aber an dem gefunden Sinn der badischen Gehänselung wird das elende Nachwerk der Verräter zerfallen! Jetzt gibt es kein Zögern mehr; mit vereinter Kraft an die Aufräumarbeit und wir schreiten trotz alledem vorwärts!

Das "patriarchalische" Verhältnis in Württemberg. Inlangst konnten wir die Mitteilung machen, daß die gelben Organisationszerklüfterer nun auch in Württemberg ihre gemeinschaftliche Tätigkeit entfalten. Dieser Umstand veranlaßt uns, an einigen Beispielen zu zeigen, wie notwendig gerade in Württemberg die Gehänselung zusammenhalten sollten, um ihre traurige Lage zu verbessern zu können. Folgender Brief an uns zeigt recht deutlich das patriarchalische Verhältnis zwischen Meistern und Gehänselern:

Reutlingen, den 29. April 1907.

Mein lieber Kollege!
Ich bin hier seit 13. März bei Ernst Barth beschäftigt. Es war in der Nacht vom 3. zum 4. April. Ich stand nachts 11 1/2 Uhr auf, begab mich in die Nachstraße zur Arbeit. Nach kurzer Zeit kam der Meister auch. Nichts ahnend, ohne vorherigen Wortwechsel, packte er mich am Hals und schlug circa 1/4 Stunde auf mich ein, trat mich, rief mich, zerrte mir mein Hemd total, bis er mich aus der Nachstraße herüberliefen und ihn vom Schlag abhielt. Ich war natürlich zur Arbeit nicht mehr fähig und begab mich ins Bett. Am anderen Morgen, als ich die Treppe herabkam, rief der Meister mich zu. Wenn du in einer halben Stunde das Haus nicht verläßt, lasse ich dich mit einem Scherzmann hinauswerfen! Ich begab mich zum Arzt, welcher mich ins Krankenhaus schickte. Dort war ich 3 Tage. Am Sonntag, den 7. April kam zu mir ein Mann und sagte, Barth schickte ihn und ließ mich bitten, die Sache nicht weiter kommen zu lassen. Ich schloß folgenden Vertrag ab, welchen Barth selbst unterzeichnete. Ich, Herr Wöhrner, verlange 50 A Schmerzensgeld. Weiter habe Sie verpflichtet, mir den Lohn für 14 Tage à 2 A zu zahlen. Wenn Sie aber gewillt sind, die Sache in Güte zu schlichten, so geben Sie mir alles in allem 75 A. Das Geld haben Sie sofort zu zahlen. G. Wöhrner, Ernst Barth. Obige 75 A bezahlen zu wollen, hatte sich also der Vädernmeister Barth durch seine eigenhändige Unterschrift verpflichtet. Nach dreitägiger Frist befragte er aber noch nicht, weil er in Ordnung war. Frischliche Aufforderung zur Zahlung blieb erfolglos, deshalb die Aufforderung durch einen Rechtsanwalt. Er erklärte einfach, nicht zahlen zu wollen.

Barth will mir hier alle Geschäfte absperrern und kommt täglich zu meinem Meister, ihn auffordernd, mich zu entlassen.

Hochachtungsvoll
G. Wöhrner, S. Wöhrner, S. Wöhrner.

Hoffentlich wird nun die Staatsanwaltschaft ein ernstes Wortchen mit diesem prägelnden Vöhrner sprechen. In Wöhringen beschäftigte ein Meister einen Gehänsel, der das Unglück hatte, Soldat gewesen zu sein und nun zu einer Reservewebung einrückten mußte. Treu zum Vaterland haltend, kündigte der Meister dem Gehänsel während der Übung schriftlich, weil er inzwischen einen "anspruchsvolleren" Gehänsel bekommen. Der Kollege, der die harte Pflanzliche, die er ersparte, während der Übung zusehen mußte, sah nachher arbeitslos auf dem Straßenpflaster. Veltreer Kollegen werden in Württemberg überhaupt nicht beschäftigt. Vielsach kommt es vor, daß ein Meister drei oder noch mehr Lehrlinge aus-bildet, ohne einen Gehänsel zu beschäftigen. Besondere Beachtung verdient der Vädernmeister Kommel, Augustenstraße 88 in Stuttgart. Dieser würdige Herr hat drei Lehrlinge, die er in der rohsten Weise züchtigt und mißhandelt, jedoch ein Gehänsel, der von diesem Zustand Kenntnis erhielt, aus Menschlichkeit sprühen bei der Polizei Anzeige erstattete resp. die Behörde auf diesen Betrieb aufmerksam machte. Ueberhaupt ist dieser gebildete Mann von sehr schlagfertiger Natur. Früher beschäftigte er einen Gehänsel namens Adolf Weste, welcher von ihm Prügel bekam. Als er nun erfuhr, daß ihn derselbe deshalb beim Gewerbegericht verklagt hatte, holte er ihn noch am selben Tag aus dem Bett und schlug ihn so lange, bis er erklärte, die Klage zurücknehmen und weiter arbeiten zu wollen. Kommentar: Gemeinlich mit den Meistern für das Handwerk! Dabei ist dieser Meister einer derjenigen, die als Gehänsel in den Bergnütungsvereinen eine gewisse Rolle spielen. Er hatte es sogar soweit gebracht, (was schon öfters der Fall war), daß von ihm heute noch behauptet wird, er habe als Vertrauensmann eines solchen Vereins in punkto Kasse nicht das beste Andenken hinterlassen. Diese wenigen Beispiele sind dazu angetan, sich nicht für die Grundzüge der "meisterfreien" Kollegen zu begeistern. In Württemberg wird es erst besser, wenn die Kollegen in ihrer Allgemeinheit einsehen, daß gegen berartige Blüten des Post- und Logiszwanges eben nur eine starke Organisation auf freier Grundlage, unabhängig von der Meisterschaft, reformierend wirken kann.

Nach Meinung der Arbeitgeberzeitung hätten die Vädernvereine schon längst die Backstuben in Berlin verlassen und wären in den Ausstand getreten, wenn sie ihn nur 3 bis 4 Wochen aushalten könnten. Wir wollen hoffen, daß der bevorstehende Kampf nicht solche Formen annimmt, daß er 3 bis 4 Wochen dauert, aber sonst könnte die Bestante erleben, daß die Vädernvereine den Streik länger aushalten können, wie es der Arbeitgeberzeitung mit samt den Zintenfäden der Vädernvereine lieb ist.

Aus anderen Gewerkschaften.

Der Hauptvorstand des Konditorenverbandes gibt in der letzten Nummer der "Biene" das Resultat der Urabstimmung über die Veranschlagung mit dem Verbands der Väder und Wahl des Beamten bekannt. Die Urabstimmung zeitigte folgendes Resultat:

	abgegeben		ungültig und		abgegeben	
	für	gegen	Stimm-enthaltung	für	gegen	ungültig
Magdeburg	21	7	13	—	—	—
München	71	64	7	71	64	2
Augsburg	5	5	—	5	5	—
Herford	25	25	—	25	25	—
Malmo	—	5	—	5	5	—
Wolfsb.	11	11	—	11	11	—
Berlin	111	104	6	84	76	5
Halle	15	15	—	15	15	—
Frankfurt a. M.	12	2	8	2	12	—
Dresden	163	155	6	163	163	—
Stettin	13	11	2	12	12	—
Stuttgart	11	11	—	11	11	—
Kürnb.	121	113	8	115	115	—
Hannover	46	45	1	46	41	5
Biberach	11	9	2	11	10	—
Hamburg	73	63	8	73	73	—
Leipzig	36	36	—	36	36	—
Mühlstadt	14	14	—	14	14	—
Wittenberg	4	4	—	4	4	—
Einzelwähler	9	9	—	9	9	—
Summa	777	708	61	722	701	13

Demnach ist die Veranschlagung mit dem Vädernverbande beschlossen und der Gauleiter des Konditorenverbandes Weidler als Beamter in den gemeinsamen Verband gewählt. Am 1. Juli d. J. wird die Veranschlagung stattfinden.

Nachdem der Kampf im Hamburger Gafjen beendet ist, versucht das Meedertum, obwohl die alten Leute noch lange nicht alle eingestellt sind, sich Kontraktarbeiter anzuwerben. Vor allen Dingen sind es auswärtige Arbeiter, die diesen Lockungen folgen. Diese Kontraktarbeiter sollen nach den eigenen Angaben der Unternehmer, im Osten als ständige Streikbrecherkolonnen dienen. Sie müssen sich verpflichten, alle vorkommende Arbeit zu verrichten und sollen, wenn ein Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausbricht, diese erleiden. Haben sie erst den Kontrakt unterschrieben, dann können sie sich nicht mehr weigern; denn neben dem Kontrakt, den sie eingehen, müssen sie sich auch verpflichten, Mitglied einer Sparkasse zu werden, deren Einrichtung folgenden Zweck hat: Jedem Mitglied werden wöchentlich 1-3 A abgezogen und auf der Sparkasse belegt. Der angelegte Fonds, für dessen Höhe keine Grenze gesetzt ist, dient in erster Linie als Garantiefonds für die Unternehmer. Jeder Schaden, den die Arbeiter verursachen, sei es mit oder ohne ihre Schuld, wird aus dem Fonds gedeckt. Wird ein Arbeiter entlassen, so kann der Arbeitgeber verfügen, daß der Fonds der Sparkasse verfällt. Ein rationiertes System, sich für die Zukunft Streikbrecher zu sichern, kann wohl kaum ausgedacht werden. Sache der Arbeiter allerorts wird es sein, dafür zu sorgen, daß kein Arbeiter den Hamburger Meedern ins Garn geht, denn sie laufen sonst Gefahr, entweder zu unehrenhaften Handlungen gezwungen zu werden oder eine materielle Einbuße zu erleiden.